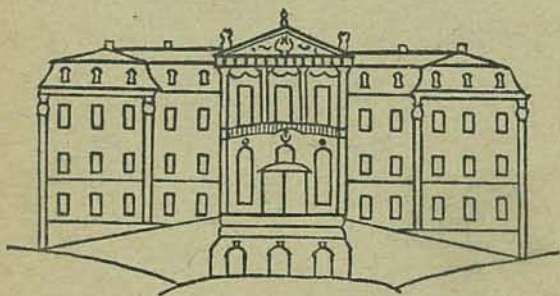


Gerhard Desczyk

Der Friedensauftrag der Katholiken

Drei Vorträge



32

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Gerhard Desczyk

Der Friedensauftrag der Katholiken

Drei Vorträge

32

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Die Kirche begleitet auch heute mit ihrem Gebet alles, was in den internationalen Beziehungen zur guten Atmosphäre der Begegnungen, zur friedlichen Regelung der Streitfragen, zur Annäherung der Völker und zur gegenseitigen Zusammenarbeit beitragen kann.

Die Kirche drängt ihre Söhne dazu, aktiv an der Verwirklichung des Friedens mitzuarbeiten, indem sie sie an die berühmte Mahnung des Heiligen Augustinus erinnert: Es ist ein größerer Ruhm, die Kriege mit dem Wort zu töten als die Menschen mit dem Eisen: und wahrer Ruhm ist es, Frieden durch Frieden zu erlangen.

Keinesfalls dürfen die Katholiken sich mit der bloßen Haltung von Beobachtern zufriedengeben, sie müssen sich vielmehr gleichsam mit einer Mission von oben beauftragt fühlen.

Papst Johannes XXIII.
(in seiner Rundfunkbotschaft vom 23. Dezember 1959)

Inhalt

| | |
|--|----|
| Der Friedensauftrag der Katholiken | |
| Vortrag auf der vom Nationalrat der Nationalen Front einberufenen Tagung am 28. April 1959 in Bautzen | 5 |
| Der Katholik in der DDR | |
| Vortrag auf einer Veranstaltung des Friedensrates am 3. Juli 1959 in Wittichenau | 20 |
| Menschenpflicht und Christenpflicht | |
| Vortrag auf einer vom Bezirksausschuß der Nationalen Front einberufenen Tagung am 28. September 1959 in Worbis | 35 |
| Anhang | |
| Friedensruf aus Bautzen | 47 |
| Ruf vom Eichsfeld | 47 |

Der Friedensauftrag der Katholiken

Vortrag auf der vom Nationalrat der Nationalen Front einberufenen Tagung am 28. April 1959 in Bautzen

Als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben wir uns hier zusammengefunden, um über politische Fragen zu sprechen, die für die Zukunft unseres Landes von höchster Bedeutung sind. In wenigen Tagen, am 11. Mai, treten in Genf die Außenminister der Großmächte zusammen, um zu beraten über den Friedensvertrag mit Deutschland und die Lösung des Problems Westberlin. Zum ersten Male werden an einer solchen Konferenz auch Vertreter der beiden deutschen Staaten teilnehmen. Ministerpräsident Otto Grotewohl hat in der 5. Sitzung der Volkskammer alle demokratischen Kräfte unserer Republik aufgerufen, sich dafür einzusetzen, daß nun endlich, fast anderthalb Jahrzehnte nach Abschluß der Kampfhandlungen des zweiten Weltkrieges, ein Friedensvertrag mit Deutschland zustande kommt. Daß dieses Ziel erreicht wird, liegt im Interesse nicht nur des deutschen Volkes, sondern aller Völker dieser Erde, denn der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland würde einen wichtigen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens darstellen. Auch wir fühlen uns als Bürger unserer Republik und als Kinder des deutschen Volkes aufgerufen, uns dafür einzusetzen, daß dieses große Ziel erreicht wird. Wir fühlen uns dazu aufgerufen als katholische Christen, die das Wort der Schrift nicht vergessen haben: „*Selig die Friedensstifter!*“ und die in jeder heiligen Messe beten: „*Dona nobis pacem — Gib uns Frieden!*“

I.

Krieg und Frieden sind Menschenwerk. Jeder Krieg wird von Menschen geplant und vorbereitet. Aber auch der Friede bedarf des menschlichen Denkens und Handelns. Der Friede ist ein Kunstwerk, das täglicher und unermüdlicher Arbeit bedarf, wenn es gelingen und bestehen soll. Es ist daher falsch, zu denken oder zu sagen: „Vom Frieden sollte man nicht soviel reden, Frieden will doch jeder vernünftige Mensch.“

Immer wieder sagt man uns: „Auch die Staatsmänner des Westens wollen den Frieden!“ Daran ist soviel richtig, daß auch die Staatsmänner des Westens gern vom Frieden sprechen, sich als Freunde, ja als Vorkämpfer des Friedens bezeichnen. Aber Worte allein entscheiden nicht, man muß sie mit den Taten vergleichen. Sie alle kennen den göttlichen Rat: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Und wenn wir auf die Früchte schauen, die das Handeln der Staatsmänner unserer Zeit getragen hat, dann brauchen wir nur die letzten Fälle von Gefährdung des Friedens aufzuzählen, die uns allen noch in frischer Erinnerung sind:

Nicht die Sowjetregierung und nicht die Volksdemokratien haben den Angriff auf Ägypten wegen des Suez-Kanals geführt, sondern Großbritannien und Frankreich. Nicht die Sowjetunion und die Volksdemokratien haben an der libanesischen Küste Truppen gelandet, sondern die Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht die Sowjetunion und die Volksdemokratien führen in Algerien einen „schmutzigen Krieg“ gegen die Eingeborenen, sondern es ist die französische Republik, die einst den Völkern das Banner der Freiheit vorangetragen hat. Die Sowjetregierung hat sich in allen diesen Fällen um die Wiederherstellung des Friedens entschlossen und wirksam bemüht. Vor allem im Suez-Kanal ist es ihrem energischen Eingreifen zu verdanken gewesen, daß die Kampfhandlungen ein rasches Ende gefunden haben.

II.

Was Deutschland anbetrifft, so hat die Sowjetregierung von Anfang an danach gestrebt, die durch Hitlers Verbrechen gefährdete Grundlage unserer nationalen Existenz wiederherzustellen. Ich brauche Ihnen nicht die lange Liste der Versuche aufzuzählen, angefangen von der Potsdamer Konferenz — auf der die sowjetischen Vertreter gegenüber den angelsächsischen Plänen einer Zerstückelung Deutschlands durchsetzen konnten, daß Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit behandelt werden soll und daß zentrale Verwaltungsstellen vorgesehen wurden — bis zu den formulierten Vorschlägen für einen Friedensvertrag, die von der Sowjetregierung in den Jahren 1952, 1954 und 1958 vorgelegt worden sind.

Nur ein Datum erlauben Sie mir zu nennen, das viele Menschen heute schon vergessen haben und vielleicht bei manchem Erstaunen auslöst. Bereits am 26. November 1947, auf der V. Tagung des Außenministerrates der Großmächte, erklärte der sowjetische Vertreter:

„Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland keinen weiteren Aufschub duldet. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß bereits über zweieinhalb Jahre seit der Kapitulation Deutschlands verstrichen und diese Frage nicht vom Flecke gekommen ist.“

Zweieinhalb Jahre! Und jetzt, am 8. Mai 1959, werden vierzehn Jahre seit der Kapitulation der Hitler-Armee verfließen sein. Während dieser ganzen langen Zeit haben es die Westmächte verstanden, alle Bemühungen um den Abschluß eines Friedensvertrages, alle Versuche einer vernünftigen Lösung dieser Frage zum Scheitern zu bringen. Statt dessen haben sie, gegen den Protest der Sowjetregierung, die deutsche Währung gespalten, den westdeutschen Separatstaat ins Leben gerufen, diesen Separatstaat entgegen den Potsdamer Vereinbarungen aufgerüstet und in das System des Nordatlantikpaktes eingegliedert. Die atomare Aufrüstung der Bundeswehr soll jetzt dieses verderbliche Werk krönen.

Die Parteigänger der Bundesregierung versichern immer wieder, das alles geschehe, um die Bundesrepublik gegen eine Aggression von Osten verteidigen zu können. Das erinnert uns daran, daß auch die Parteigänger Hitlers vor dem Jahre 1939 immer wieder versichert haben, der Führer wolle nur den Frieden. Und Wilhelm II., der das deutsche Volk in den ersten Weltkrieg geführt hat, war stets besonders erfreut, wenn man ihn als „unseren Friedenskaiser“ feierte. Das deutsche Volk ist durch diese bitteren Erfahrungen belehrt worden, was es von den Beteuerungen solcher Staatsmänner zu halten hat, die so laut wie möglich ihre Friedenliebe betonen, damit man ihn nicht hört, wie sie mit aller Kraft das Kriegsbeil schleifen.

-III.

Es gibt Menschen, die glauben, das Wissen um die vernichtende Kraft der modernen Waffen allein würde genügen, um den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhindern. Wir erinnern uns aber, daß diese Meinung auch um 1910 und später wieder um 1930 weit verbreitet war. Selbsttäuschungen dieser Art haben nicht verhindert, daß der erste Weltkrieg mit den Schrecken der Massenschlachten, der Hungerblockade und des Stellungskampfes über die Menschheit hereinbrach. Sie haben nicht verhindert, daß im zweiten Weltkrieg Panzer und Bombenflugzeuge in furchtbaren Wettbewerb traten, daß ganze Städte ausstrahlt wurden, daß die vernichtende Kraft des Krieges sich ohne Mitleid und Schonung gegen Frauen und Kinder richtete, daß Millionen von Wehrlosen und Kranken in Konzentrationslagern vernichtet wurden. Die Hoffnung auf die Furcht der Menschen vor dem eigenen Untergang allein hat noch nie verhindert, daß schreckliche Visionen Wirklichkeit wurden. Ein gnädiges Schicksal hat das deutsche Volk am Ende des zweiten Weltkrieges vor den Atombomben bewahrt, die ihm zgedacht waren. Wir würden sie aber kennenlernen, wenn es nicht gelingt, einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Eine tröstliche Erkenntnis haben wir in den Jahren nach 1945 gewonnen: *Der Krieg ist nicht mehr unvermeidbar. Es*

ist heute möglich, einen Krieg zu verhindern! Es ist heute möglich, die Energien aller friedliebenden Menschen auf dieser Erde so zusammenzufassen, daß kein Angreifer wagt, abermals eine Bombe am Fuße der Kathedrale der menschlichen Kultur zu entzünden. Die Friedensbewegung, vor 1914 in viele kleine Gruppen zerflatternd, vor 1939 in sich uneinig und ohne ausreichenden Halt, ist heute mächtig erstarkt. Sie besitzt einen festen Rückhalt in den Staaten des Friedenslagers, das sich um die Sowjetunion schart. Früher waren die Völker, die ja immer den Frieden wollten, gegenüber den Regierungen, die den Krieg vorbereiteten, nicht immer einig und stark genug. Heute wagen die Regierenden nicht mehr, sich gegen den Friedenswillen der Völker zu stellen, selbst die hartgesottensten Kriegsinteressenten suchen sich mit friedlichen Phrasen zu tarnen.

In der Friedensbewegung haben von Anfang an Christen mitgewirkt, auch katholische Christen. Manchen von Ihnen ist noch der Friedensbund Deutscher Katholiken ein Begriff; er wurde freilich von den Schergen Hitlers gewaltsam aufgelöst. Ähnliche Organisationen bestanden in fast allen Ländern Europas, in denen ein bedeutender Teil der Bevölkerung dem katholischen Bekenntnis angehört. Die Vielzahl und die Zersplitterung dieser Organisationen hinderten sie daran, wirklich zu einer Macht zu werden. Die Weltfriedensbewegung von heute ist eine Macht. Die Christen, die sich für den Frieden wirksam einsetzen wollen, können das nur in den Reihen dieser großen Friedensbewegung tun.

IV.

Friede auf Erden den Menschen, die guten Willens sind! (Luk. 2, 14). Sie alle kennen diese Worte der Weihnachtsbotschaft, die an jedem Christfest rund um den Erdball klingt. Diese Verheißung bildet das Leitmotiv einer großen und ehrenvollen Tradition, die wir verfolgen können in den Schriften des Neuen Testaments wie in der Kirchengeschichte.

„*Selig sind die Friedensstifter, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden!*“ (Matth. 5, 9) verkündet Christus in der Bergpredigt. „*Friede sei mit euch!*“, grüßt der Auferstandene seine Jünger, und er tröstet sie: „*Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch!*“ (Joh. 14, 27).

Auch die Apostel wurden nicht müde, in ihren Predigten den Frieden zu verkündigen. Petrus faßt in Caesarea die Bedeutung der Erscheinung Christi in den Worten zusammen: „*Gott sandte das Wort den Kindern Israels und verkündete die Frohbotschaft vom Frieden durch Jesus Christus*“ (Ap. 10, 96). Paulus erläutert den christlichen Begriff des Friedens wiederholt: „*Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens*“, heißt es im ersten Korintherbrief (14, 33); und im Römerbrief: „*Das Reich Gottes ist nicht Speise*

und Trank, sondern Gerechtigkeit, Friede und Freude im Heiligen Geiste... So wollen wir streben nach dem, was den Frieden fördert“ (14, 13).

Das Wort „Friede“ kann in allen Sprachen sehr verschiedene bedeuten. Zunächst den Frieden mit Gott, als Folge davon irdisches Wohlergehen, endlich den Frieden mit den Mitmenschen, dessen letzte Konsequenz der Völkerfriede ist. Die Nächstenliebe führt die Christen dazu, diese Folgerung zu ziehen. Paulus predigt das Christentum als Weg zum Völkerfrieden: „*Christus ist unser Frieden: Er hat aus beiden (aus Juden und Heiden) eins gemacht und die trennende Scheidewand, die Feindschaft, niedergedrückt in seinem Fleische... Er stiftete Frieden, da er die zwei in seiner Person zu einem neuen Menschen umschuf*“ (Eph. 2, 14). — Im gleichen Sinne spricht das altrömische Gemeindegebet im ersten Clemens-Briefe, am Ende des ersten Jahrhunderts der christlichen Zeitrechnung, für den Frieden: „*Gib Eintracht und Frieden uns und allen Bewohnern der Erde*“ (60, 4).

Diese von den Evangelien und der Urkirche her kommende Tradition, die ich mit wenigen Zitaten anzudeuten versucht habe, ist allen christlichen Bekenntnissen gemeinsam. Der katholische Christ findet eine beglückende Bestätigung dieser großartigen Überlieferung in den Stellungnahmen vieler Päpste, die zu allen Zeiten und oft großen Widerwärtigkeiten zum Trotz für die Sache des Friedens eingetreten sind. Im 13. Jahrhundert z. B. hat der große Papst Innocenz III. an den König Philipp August von Frankreich einen Brief gerichtet, in dem er ihn ermahnt, mit seinen Nachbarn Frieden zu schließen. In diesem Briefe stehen Worte, die sich als Wandspruch für den Tagungsort der Außenminister in Genf nicht schlecht eignen würden:

„Was raten wir denn? Etwas Unehrenhaftes? Etwas Unge-
rechtes? Nein, sondern daß Ihr Frieden macht!“

Es war das gleiche 13. Jahrhundert, in dem Giovanni Bernardone, der als Franziskus von Assisi in die Unsterblichkeit eingegangen ist, der Welt durch sein Leben ein unvergeßliches Beispiel echter Friedfertigkeit und Menschlichkeit gegeben hat. Ihm wird jenes herrliche Gebet zugeschrieben, von dem wir wünschen möchten, alle Katholiken sollten es kennen und lieben:

„Herr, mache mich zu einem Werkzeug des Friedens! Wo es Haß gibt, laß mich Liebe säen, wo Kränkung herrscht, die Vergebung, wo Zwietracht wohnt, die Versöhnung, wo Zweifel ist, die Hoffnung, wo Finsternis steht, das Licht.“

Von den Päpsten des vorigen Jahrhunderts hat insbesondere Leo XIII. unvergeßliche Worte über die Notwendigkeit gesprochen, gegen den Krieg und für den Frieden zu arbeiten. So richtete er am 11. Februar 1889 eine Ansprache an die Kardinäle, in der er feststellte:

„Nichts ist dringender, nichts ist notwendiger, als dem Krieg entgegenzuarbeiten, und jedes Streben in dieser Richtung muß als ein löbliches Wirken im Sinne der christlichen Anschauung und zum allgemeinen Besten betrachtet werden.“

Über die Haltung der katholischen Kirche zu dieser Frage sagte der Papst in der gleichen Ansprache:

„Eingedenk des Gesetzes und des Beispiels ihres göttlichen Stifters, der König des Friedens genannt sein wollte und dessen Geburt himmlische Friedenslieder verkündigten, wünscht sie, daß alle Menschen in schönem Frieden Ruhe haben, und sucht es in eifrigem Gebet von Gott zu erlangen, daß er Kriegsgefahren von den Völkern fernhalten möge.“

Der Papst schloß feierlich:

„Welche Zeitläufe auch immer eintreten mögen und welches die Entschließungen der Menschen in Zukunft sein oder in der Vergangenheit schon gewesen sein mögen, nach dieser Richtschnur wird all unser Tun sich gestalten, und von diesem Weg werden wir sicherlich nicht abgehen.“

V.

Im Hinblick auf so bedeutsame und ehrwürdige Zeugnisse — wir könnten die Folge dieser Zitate weit über die Grenzen der für unser Referat zur Verfügung stehenden Zeit fortsetzen — erscheint es als berechtigt, von einem *Friedensauftrag der Katholiken zu sprechen*. Dieses Wort soll keineswegs ein Ausdruck einer irgendwie gearteten Überheblichkeit sein.

Wir Katholiken sind unter den Einwohnern der Deutschen Demokratischen Republik nur eine Minderheit — kaum 12 Prozent der Bevölkerung —, wir wissen, daß die Friedensarbeit hier in ihrer Breite von anderen Kräften getragen wird. Das hindert uns nicht, uns mit Wort und Tat zu dem Friedensauftrag zu bekennen, der in der großen Tradition der christlichen Lehre und der Geschichte unserer Kirche gegeben ist. Dieser Auftrag bildet für uns einen Ansporn, mit anderen Menschen guten Willens, die nicht unserer Kirche angehören, Christen und Nichtchristen, zu wetteifern in der Arbeit für den Frieden, von der Leo XIII. zu einem Nichtkatholiken, dem Journalisten William T. Stead, am 12. Januar 1899 gesagt hat:

„Ihr Friedenskreuzzug ist wahrscheinlich höchst lobenswert, denn die Sicherung des Friedens muß das erhabenste Ziel des menschlichen Strebens bilden.“

Wir erinnern uns an die Friedensaktionen, die Papst Benedikt XIV. im ersten und Papst Pius XII. im zweiten Weltkrieg durchgeführt haben. Wie damals die Päpste durch ihre Nuntien mit allen kriegführenden Mächten verhandelten, nicht etwa nur mit solchen Staatsmännern, die sich zum katholischen Glauben bekannten, so sind wir bereit, mit allen Men-

schen guten Willens zusammenzuarbeiten, die aus ihrem Glauben oder ihrer Weltanschauung heraus ebenfalls den Friedensauftrag im Herzen fühlen und sich nach besten Kräften bemühen, diesem Auftrag gerecht zu werden.

Hier begegnen wir einigen Bedenken. Diese Bedenken richten sich heute im allgemeinen nicht mehr gegen die Zusammenarbeit zwischen evangelischen und katholischen Christen. Das Einvernehmen zwischen den Christen der beiden großen Konfessionen ist heute im gesamtdeutschen Raum, insbesondere in der DDR, besser, als es jemals vorher gewesen ist. Die Bedenken, denen wir begegnen, wenden sich gegen die Zusammenarbeit zwischen Christen und Nichtchristen, insbesondere Atheisten. Wenn ein Katholik sich neben einen Kommunisten stellt, dann setzt er sich bei einigen Leuten sofort dem Verdacht aus, von seinem Glauben abgefallen zu sein. — Wir erinnern uns aber daran, wie oft Kommunisten und Katholiken während der Hitlerzeit in der Schutzhaft oder im Konzentrationslager nebeneinander gestanden haben. Wie sie von den Schergen Hitlers in die gleichen Haftzellen, in die gleichen Lagerbaracken, in die gleichen Bunker gesperrt worden sind. Wie sie einander beigestanden haben in der Not jener schrecklichen Zeit. Wie sie Verständnis und Achtung füreinander gewonnen und in der Abwehr des gemeinsamen Feindes die gemeinsamen Züge ihrer Anschauungen erkannt haben.

Unter den christlichen Widerstandskämpfern gegen Hitler waren auch Männer, die vorher entschiedene Gegner der Kommunisten gewesen waren. Durch die Haft und die gemeinsamen Leiden kamen sie zu einer besseren Erkenntnis. Diese Erfahrungen des Widerstandes gegen Hitler sollten nicht vergessen werden. Für eine gute Sache gemeinsam arbeiten, ist immer fruchtbar und lobenswert. Es ist doppelt lobenswert und notwendig, wenn man bedenkt, daß die Feinde Gottes und der Menschen, die in dem verflossenen Jahrtausend das deutsche Volk und die anderen Völker Europas terrorisierten, zwar in unserer Republik überwunden sind, aber in Westdeutschland Auffangstellungen bezogen haben und nunmehr sich anschicken, wieder ins Rampenlicht des politischen Geschehens zu treten.

VI.

Ich brauche Sie nicht mit Zahlen und Namen zu langweilen, die Tatsachen sind Ihnen allen bekannt. Die gleichen Richter, die unter Hitler Widerstandskämpfer zum Tode und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt haben, sind in Westdeutschland wieder in Amt und Würden. Ärzte, die unter den schrecklichen Bedingungen der Konzentrationslager Experimente an lebenden Menschen ausführten, sind wieder zur Praxis zugelassen. Das Auswärtige Amt in Bonn zählt unter seinen Beamten heute mehr ehemalige Mitglieder der NSDAP

als vormal's das Auswärtige Amt in Berlin unter Ribbentrop. Emmy Göring und andere verblichene „Sterne“, die einst am Himmel des Dritten Reiches hell geleuchtet haben, verfügen über beträchtliche Teile der von ihren verflorenen Gatten zusammengerafften Vermögen. Der Staatssekretär des Bundeskanzlers ist Herr Globke, weiland Verfasser des amtlichen Kommentars zu den Nürnberger Gesetzen, der höchste Offizier der Bundeswehr General Heusinger, vormal's Leiter der Operationsabteilung im Führerhauptquartier.

„Sie haben nichts gelernt und alles vergessen“, schrieb 1796 ein kluger Mann über die französischen Emigranten, die vor der Revolution geflohen waren. Das gleiche kann man von den alten Nazis sagen, die der Katastrophe Hitlers entgangen sind, in voller Fliegerdeckung überwintert haben und sich nun abermals zur Machtübernahme rüsten. — Während des Wahlkampfes im Bundesland Rheinland-Pfalz, der sich in den letzten Wochen abspielte, erschien Oberst Rudel, der „Panzerknacker“ und Schlachtenflieger aus dem zweiten Weltkrieg, der sich bis dahin vorsichtshalber in Argentinien aufgehalten hatte, Rudel sprach für die „Deutsche Reichspartei“ und hatte solchen Zulauf, daß diese rechtsradikale Splittergruppe in ihren Wahlversammlungen von jedem Besucher eine Westmark Eintritt erhob und trotzdem überfüllte Säle hatte. Dafür erteilte Herr Rudel auch am Schluß jeder Versammlung Autogramme; der Leiter der Wahlversammlung in Mainz kündete das an mit dem Satz: „Eine Unterschrift von Rudel wird auch dann noch Wert haben, wenn man über Adenauer bereits ganz anders denken wird.“

Wie sie über Adenauer denken, kann man sich leicht vorstellen: So wie 1933 die Braunhemden über Herrn Hugenberg dachten, als der sie an die Macht gebracht hatte. Diesen Hexensabbat im Umkreis der Atomaufrüstung könnten wir als eine ganz folgerichtige Erscheinung hinnehmen in der Überzeugung, daß die deutsche Arbeiterklasse mit diesem Spuk einmal gründlich aufräumen wird.

Es gibt aber eine Erscheinung, die uns erschreckt und bedrückt: die Tatsache, daß dieser westdeutsche Staat regiert wird von einer Partei, die sich christlich nennt, und daß dieses Regime und seine gefährliche Politik von Kreisen der katholischen Hierarchie wohlwollend unterstützt wird.

VII.

Es ist Ihnen sicher bekannt, daß vor den Bundestagswahlen 1953 und 1957 in einer Reihe westdeutscher Diözesen — keineswegs in allen — Hirtenbriefe von den Kanzeln der katholischen Kirchen verlesen worden sind, in denen mit nicht mißzuverstehenden Worten zu dem bevorstehenden Wahlgang Stellung genommen wurde. Es wurde keine Partei genannt, aber die Gläubigen wurden ermahnt, nur solche Kandidaten zu wählen, die für die christlichen Belange ein-

träten. Niemand konnte das mißverstehen, zumal da gleichzeitig der Bundeskanzler in einer breit angelegten Pressepropaganda als vorbildlicher Katholik gefeiert wurde.

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1958 hat sich das gleiche wiederholt. Eine Woche vor dem Wahltage wurde ein Hirtenbrief der Bischöfe von Köln, Aachen, Essen, Paderborn und Münster verlesen, in dem es als „christliches Recht“ der Bundesregierung bezeichnet wurde, aufzurüsten. „Kein Katholik“, so hieß es in dem Hirtenbrief, „sei im Gewissen gehalten, auf Grund katholischer Lehre die Verteidigungsmaßnahmen abzulehnen, wie sie die Mehrheit der verantwortlichen Politiker in der derzeitigen Lage für notwendig gehalten hat.“

Dieser letzte Satz enthält eine unmißverständliche Stellungnahme für die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung. Er entspricht dem Wunsche der Bonner Regierung, für ihre gefährlichen Aufrüstungspläne, die den europäischen Frieden gefährden, moralische Unterstützung von seiten kirchlicher Autoritäten zu erhalten.

Sie wissen, daß schon Anfang Mai 1958 ein Gutachten durch die westdeutsche Presse ging, das sieben katholische Moral-Theologen verfaßt haben, die dieses Fach an theologischen Fakultäten in Westdeutschland vertreten. In diesem Gutachten wird gesagt, daß „die Verwendung der atomaren Kampfmittel nicht notwendig der sittlichen Ordnung widerspreche und nicht in jedem Fall Sünde“ sei.

Diesem Gutachten ist von seiten mehrerer katholischer Gelehrten in Westdeutschland widersprochen worden. So hat der katholische Professor für Geschichte an der Universität Würzburg, Professor Dr. Seidlmayer, in der von seinem Kollegen Professor Noack herausgegebenen Zeitschrift „Welt ohne Krieg“ Anfang Juli 1958 einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er scharf gegen das Gutachten der sieben Moral-Theologen Stellung nimmt, Seidlmayer schreibt:

„In den geistigen Lagern aller Richtungen auf der ganzen Welt erhebt sich und wächst ständig der Aufstand gegen jene bloße Bomben- und Raketenmentalität. Warum denn, in Gottes Namen, meine Herren Kollegen, kann oder will sich ausgerechnet die katholische Kirche — nicht die unzähligen einzelnen Katholiken — nicht endlich auch dazu entschließen, sich aus diesem unseligen Zirkel eines Denkens in diesen Machtkategorien loszureißen?“

VIII.

Wie heftig die gegensätzlichen Anschauungen aufeinanderprallen, zeigte eine Tagung der Katholischen Akademie in Bayern, am 21. und 22. Februar 1959 in Würzburg. Uns liegen zwei Berichte über diese Tagung vor, einer von Dr. Günther Krauss in Nr. 9 des „Rheinischen Merkur“ vom 27. Februar 1959, und ein zweiter, den der Sender München am

13. April 1959, 20 Uhr, gegeben hat. Da dieses interessante Material Ihnen wahrscheinlich unbekannt ist, darf ich Ihnen einiges daraus vortragen: Das Thema der Tagung lautete: „Kann der atomare Verteidigungskrieg ein gerechter Krieg sein?“ Es wurden fünf Vorträge gehalten, unter anderem von Dr. Clemens Münster, München, weiter von Professor Nikolaus Monzel, München, und Pater Gustav Gundlach, Professor an der Hochschule St. Georgen, Frankfurt/Main, und der Gregoriana in Rom. Münster verneinte, Monzel und Gundlach bejahten die gestellte Frage.

Dr. Münster zeigte mit aller Klarheit die Unmenschlichkeit und Sinnlosigkeit eines Atomkrieges auf. Er stellte u. a. fest:

„Wie die Dinge im Bereich der schweren Kernwaffen heute liegen, kann man nicht mehr von Verteidigung sprechen, denn eine Abwehr eines unerwartet über ein Land hereinbrechenden Schlages ist praktisch unmöglich. Was dagegen möglich ist, ist ein Gegenschlag, ist der Vergeltungsschlag... Es gibt keinen Schutz für die Zivilbevölkerung. Der Erfolg entsprechender Angriffe, das hat man genau untersucht, auf die 50 wichtigsten Städte der Vereinigten Staaten wird von den Experten auf 15 bis 20 Millionen Tote und 20 bis 25 Millionen Verletzte geschätzt. Ein ähnliches Schicksal stünde Europa bevor.“

Mit großem Ernst verwies Dr. Münster insbesondere auf die Auswirkungen, die die Anwendung nuklearer Waffen für das keimende Leben und die nachfolgenden Generationen haben kann. Er sagte:

„Es ist notwendig, sich das ganze Ausmaß der Zerstörung immer im Gedächtnis zu erhalten, damit die Schwere der Entscheidung nie verkannt, etwa gar verniedlicht werden kann. Diese Zerstörung ist keineswegs nur materieller Art, sie greift unmittelbar auch an die Substanz des Menschen in seinem Bestand als sittlich urteilsfähiges Wesen. Diese Bombe... schlägt nicht bloß Wunden, sie ruft nicht nur äußeres Elend hervor, sie trifft den Menschen so sehr, daß sich die Frage erhebt, ob die ohnehin nur wenigen Überlebenden eines Krieges mit Wasserstoffbomben noch zu freier moralischer Existenz in der Lage sind. Sie werden verkrüppelt sein, körperlich und wahrscheinlich auch geistig.“

Professor Nikolaus Monzel, einer der sieben Unterzeichner des eben erwähnten Gutachtens der Moral-Theologen, suchte die Ausführungen von Dr. Münster abzuschwächen, indem er die Zuhörer durch ein Spiel mit den Begriffen „einerseits — andererseits“ in Verwirrung setzte. Er mißbilligte einerseits den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, weil die notwendigen moralischen Voraussetzungen in diesen Fällen nicht gegeben gewesen seien. Er wandte sich auch gegen die Auffassung, einem Angriff von Osten müsse unter allen Umständen mit nuklearen Waffen begegnet werden. Andererseits hielt er die Anwendung nuklearer Atomwaffen für erlaubt. Hinsichtlich der Auswirkungen nuklearer Bom-

ben auf die Kinder, auf das keimende Leben und die kommende Generation fand er erstaunliche Formulierungen wie die folgenden:

„Die Nachkommen der kriegführenden Völker könnte man vielleicht auch zu den Neutralen rechnen, da sie ja noch nicht da sind und am Kampfe nicht mitwirken. Andererseits gehören sie als Nachkommen, obwohl noch ungeboren, doch zur Schicksalsgemeinschaft des jetzt kämpfenden Volkes. So möchte ich meinen, daß ihnen, den Nachkommen dieses Volkes, die schlimmen Folgen des Kampfes ihrer Vorfahren eher zumutbar sind als den Neutralen und deren Nachkommen.“

Man erinnere sich, daß Verkrüppelungen, körperliche und seelische Mißbildungen, Siechtum und früher Tod zu den nuklearen Auswirkungen auf die folgende Generation gehören. Das schreckliche Schicksal der Kinder von Hiroshima sollte für alle, auch für Moral-Theologen, eine ausreichende Lehre gewesen sein. Man kann sich nicht genug wundern, daß ein katholischer Theologe solche schrecklichen Folgen für die noch ungeborenen Kinder als „zumutbar“ bezeichnet. Wir empfehlen Herrn Professor Monzel, für sich eine moral-theologische Meditation anzustellen über das Wort der Schrift: *„Wer eines von diesen Kleinen ärgert, dem wäre es besser, daß ein Mühlstein um seinen Hals gehängt und er ins Meer versenkt würde“* (Matth. 18, 6).

Die Ausführungen von Professor Monzel werden aber bei weitem durch die von Pater Gundlach übertroffen. Wir würden von einem Mann, der 68 Jahre alt ist und bedeutende wissenschaftliche Leistungen aufzuweisen hat, wie die Veröffentlichung der vorbildlichen Ausgabe der Päpstlichen Sozialrundschriften 1932, gern nur mit Hochachtung sprechen. Wir wünschten, wir wären zu der Annahme berechtigt, daß die Berichte über seinen Vortrag entstellt seien. Da nunmehr der Vortrag von Pater Gundlach in den „Stimmen der Zeit“ (7. Heft des 34. Jahrgangs, April 1959, S. 1—4) gedruckt vorliegt, ist eine solche Annahme leider nicht mehr möglich.

Für Pater Gundlach liegen die Dinge sehr einfach. Die Frage, ob nukleare Waffen angewendet werden dürfen oder nicht, will er nach folgender Regel entschieden wissen:

„Der Krieg ist nur im Zusammenhang mit dem gestörten Recht zu verstehen. Diese gestörte Rechtsordnung der Welt kann — je nach dem Recht, um das es sich dreht — etwa um das Recht Gottes, das er auf uns hat, oder auch um das Recht, das wir selbst haben, um in den Himmel zu kommen und die Kinder dahin zu führen — von einer so ungeheuren Bedeutung werden, daß sie auch einen außerordentlichen, ja einen ungeheuren Einsatz rechtfertigt. Ja sogar der Untergang eines ganzen Volkes in der Manifestation der Treue zu Gott gegen einen ungerechten Angreifer kann einen solchen Wert darstellen, daß dies gerechtfertigt wäre.“ (a. a. O., S. 8)

Pater Gundlach macht sich Sorge nicht etwa darüber, welche entsetzlichen Folgen die Anwendung von Atomwaffen haben kann, sondern darum, ob Regierung und Volk der Bundesrepublik die moralische Kraft zu einem solchen „außerordentlichen Einsatz“ haben werden, also die Bereitschaft, bei der Anwendung von Atombomben selbst zugrunde zu gehen. — Pater Gundlach läßt in seinem Vortrag keinerlei Gegenargumente gelten. Weder den Einwand, daß durch die Anwendung von nuklearen Waffen andere Völker, die am Kriege gar nicht beteiligt sind, gefährdet werden könnten, noch auch den Hinweis darauf, daß der Masseneinsatz solcher Waffen das Weiterbestehen des Lebens auf der Erde unmöglich machen würde. Nach dem Bericht des Münchner Senders hat Pater Gundlach sich zu dem Satze verstiegen:

„Ja, wenn die Welt untergehen sollte dabei, dann wäre das auch kein Argument gegen unsere Argumentation. Denn wir haben erstens sichere Gewißheit, daß die Welt nicht ewig dauert, und zweitens haben wir nicht die Verantwortung für das Ende der Welt. Wir können dann sagen, daß Gott der Herr, der uns durch seine Vorsehung in eine solche Situation hineingeführt hat oder hineinkommen ließ, wo wir dieses Treubekennntnis zu seiner Ordnung ablegen müssen, dann auch die Verantwortung übernimmt.“ (a. a. O., S. 13)

Wir wissen nicht, wie Pater Gundlach eine solche Argumentation mit der katholischen Lehre und überhaupt mit der Frohen Botschaft Jesu Christi in Einklang bringen will.

„*Fiat justitia, et pereat mundus*“, pflegte Kaiser Ferdinand I. zu sagen: „Das Recht muß freien Lauf haben, selbst wenn dabei die Welt zugrunde geht.“ Pater Gundlach hat für diesen Satz eine neue, bisher unerhörte Möglichkeit der Anwendung gefunden.

IX.

Ich habe Ihnen diese an sich wenig erfreulichen Dinge nur deshalb so ausführlich dargelegt, weil solche Vorgänge uns klar erkennen lassen, wie wichtig und dringend gerade in unserer Zeit der Friedenskampf der Katholiken ist. Wir sehen, daß in Westdeutschland von manchen kirchlichen Persönlichkeiten ein Mißbrauch des Glaubens für politische Zwecke getrieben wird, der auf keine Weise entschuldigt oder beschönigt werden kann. Wir stellen aber auch fest, daß aus den Reihen der westdeutschen Katholiken Stimmen laut werden, die sich gegen diesen Mißbrauch zur Wehr setzen. Wir sind der Überzeugung, daß die Zahl der Katholiken in Westdeutschland, die sich in die Front des Kampfes gegen die Atomgefahr einreihen, ständig wachsen wird. Sie wird gerade dadurch wachsen, daß so alarmierende Äußerungen wie die von Professor Monzel und Pater Gundlach weiten Kreisen bekannt werden.

Man hört so oft bewegliche Klagen über die antireligiöse Propaganda und darüber, daß sie die kirchliche Lehre falsch auslege und entstelle. Ich frage: Kann es eine schrecklichere Entstellung der Lehre Jesu Christi geben als in den Gutachten und Vorträgen solcher Theologen, die um einer vermeintlich verletzten Rechtsordnung willen unser Vaterland zur Atomwüste machen, ja einen Weltuntergang herbeiführen möchten? Die katholische Kirche verurteilt den Selbstmörder — was sagt sie zu solchen Theologen, die aus vermeintlich moralischen Gründen der ganzen Menschheit den kollektiven Selbstmord empfehlen?

Wir erkennen, wie dringend und zeitgemäß unser Friedensauftrag ist. Wir Katholiken in der DDR sind nur eine Minderheit, aber es ist von nicht zu unterschätzender moralischer Bedeutung, wenn wir zeigen, daß wir unsere westdeutschen Glaubensbrüder, die sich gegen den Mißbrauch der Religion wenden, mit voller Sympathie unterstützen. Damit leisten wir gleichzeitig einen Beitrag zur Abwehr der Gefahr einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik.

Denn das ist ja das Ziel, das Männer wie Monzel und Gundlach bei solchen Vorträgen verfolgen: sie wollen die starken seelischen Hemmungen wegräumen, die bei den Christen aller Konfessionen in Westdeutschland hinsichtlich der atomaren Aufrüstung bestehen. Die Berichte aus Würzburg zeigen auch, daß insbesondere Gundlach dieses Ziel bei seinen Hörern erreicht hat. Der Bericht des Münchner Senders sagt darüber:

„Nach den Worten Pater Gundlachs traten einige Herren auf, Professoren und auch jüngere Offiziere, die dem Pater für seine klaren Ausführungen dankten und dann erklärten, sie fühlten sich nun erleichtert.“

Und Dr. Günther Krauß sagt in dem Artikel des „Rheinischen Merkur“:

„Mit diesen Ausführungen Gundlachs, die von mehreren Teilnehmern als Befreiung bezeichnet wurden, verliert das Argument, die Befürworter der Atomrüstung trieben ein frevelhaftes Spiel mit dem Weltuntergang, seinen Schrecken. In seinem Vortrag wurde deutlich spürbar, daß die Arbeit und das Werk eines Theologen, der den letzten Entscheidungen nicht ausweicht, eine Wohltat für die Welt ist.“

Eine Wohltat für die Welt? Adolf Hitler und seine ärztlichen Berater sind für alle Zeiten gebrandmarkt, weil sie das ihrer Meinung nach „lebensunwerte“ Leben vernichten ließen. Wie aber soll man über einen Mann urteilen, der das Risiko einer Ausrottung allen Lebens auf dieser Erde „einkalkulieren“ will, nur um der Vorstellung willen, die er sich von den Schrecken eines siegreichen Kommunismus macht?

Durch die Zeitungen ging dieser Tage die Nachricht, daß der amerikanische Pilot, der 1945 das mit der Atombombe beladene Flugzeug nach Hiroshima steuerte, in ein Irrenhaus eingeliefert werden mußte. Ob bei den jungen Offizieren, die sich durch die Ausführungen von Pater Gundlach so „erleichtert“ gefühlt haben, seine Argumente auch dann noch bestehen würden, wenn sie eines Tages erkennen müßten, was sie im Vertrauen auf eine solche Unterweisung ange richtet haben?

Es ist notwendig, daß die Katholiken die Friedensaufgabe, die ihnen in unseren Tagen gestellt ist, erkennen, sich zu sammen mit allen anderen Menschen guten Willens gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands wenden und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein treten.

X.

Dieser Kampf ist hoffnungsvoll und aussichtsreich. Schon wächst in der westdeutschen Arbeiterschaft der Wille, mit energischen Aktionen dem drohenden Unheil den Weg zu verlegen. Die Demonstrationen in Dortmund gegen die Er richtung einer Raketenbasis haben gezeigt, daß die Bundes regierung bei diesem Vorhaben der atomaren Aufrüstung die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat.

Schon wächst auch in den Kreisen der westdeutschen Wirt schaft die Erkenntnis, daß es auf dem Wege des „Wirtschafts wunders“ nicht weitergeht. Gerade die nüchternen Kaufleute erkennen, daß man mit dem Osten sprechen muß. Sie wer den sich klar darüber, daß gerade unter ökonomischen Ge sichtspunkten das Risiko eines Atomkrieges heller Wahn sinn ist.

Von Tag zu Tag wächst die Zahl der Christen in West deutschland, die ihre Verantwortung für den Frieden erken nen und sich gegen den verderblichen Kurs der Regierung Adenauers wenden. Katholiken wie Professor Hagemann, Frau Professor Faßbinder und Professor Seidlmayer, evan gelische Christen wie Kirchenpräsident Niemöller, Dr. Heine mann und Professor Iwand sind Repräsentanten einer großen Bewegung, die getragen ist von der Liebe zum Volk und von dem Bewußtsein christlicher Verantwortung.

Es ist so, wie Ministerpräsident Otto Grotewohl es in seiner Rede vor der Volkskammer am 16. April 1959 dargelegt hat:

„Die Welt steht heute vor einer unabwendbaren Entscheidung: vor der Alternative zwischen dem Atomkrieg und der friedlichen Verständigung zwischen den Völkern. Deutschland ist ein wichtiges Feld dieses weltweiten Kampfes, der die Frage Krieg oder Frieden entscheidet. Darum ist die Frage des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland für die friedliche Entwicklung Deutschlands und Europas von so außerordentlicher Bedeutung.“

Die Welt blickt voller Erwartung nach Genf. Für die Kon ferenz der Außenminister, die dort am 11. Mai zusammen tritt, könnte man das gleiche sagen, was Kardinal Michael Faulhaber am 7. März 1932 bei einer Predigt in der Mün chener Basilika St. Bonifatius aus Anlaß der Eröffnung der damaligen Abrüstungskonferenz in Genf ausgesprochen hat:

„Die Augen des Erdkreises sind heute nach Genf gerichtet, nach der Stadt des heiligen Franz von Sales, nach der Ge burtsstätte des Roten Kreuzes. Wenn wir auch unsere Er wartungen nicht überspannen, es ist doch wieder einmal die öffentliche Aussprache über den Weltfrieden eingeleitet, doch wieder einmal das Weltgewissen aufgerüttelt.“

Die öffentliche Aussprache über den Weltfrieden ist wieder eingeleitet. Und wir als Bürger der Deutschen Demokrati schen Republik, als Kinder der deutschen Nation und als Katholiken wollen dazu nicht schweigen.

Der Katholik in der DDR

Vortrag auf einer Veranstaltung des Friedensrates
am 3. Juli 1959 in Wittichenau

„Der Katholik in der Deutschen Demokratischen Republik“ — wenn wir versuchen wollen, über dieses Thema Aussagen zu machen, müssen wir zunächst die Begriffe bestimmen, die darin enthalten sind, um sie dann in Beziehung zueinander zu setzen und Schlußfolgerungen zu ziehen.

I.

Der Katholik — so bezeichnet unser Sprachgebrauch einen Christen, der der römisch-katholischen Kirche angehört. Das Wort „katholisch“ stammt aus dem Altgriechischen; es erlangte seine heutige Bedeutung im 4. Jahrhundert, als die christliche Lehre Staatsreligion im Römischen Reiche geworden war. Die christlichen Caesaren hatten ein Interesse daran, daß im ganzen Reiche die Lehre der Kirche einheitlich vorgetragen wurde. So heißt es in einem Gesetz, das der Kaiser Theodosius im Jahre 380 erlassen hat:

„Es ist Unser Wille, daß alle Völker, welche Wir gnädigst regieren, die Religion bekommen, wie sie der heilige Apostel Petrus den Römern gelehrt, wie sie sich ohne Unterbrechung bis auf unsere Zeit erhalten hat... Alle, die diesem Glauben anhängen, sollen nach Unserem Befehle den Namen katholische Christen tragen...“

Auch nach der Trennung der morgenländischen von der abendländischen Kirche im Jahre 1054 bezeichneten sich beide Kirchen weiterhin als katholisch. Nach dem 16. Jahrhundert gaben die Glaubensgemeinschaften der reformatorischen Richtung die Bezeichnung katholisch auf; seitdem unterscheiden wir in Deutschland und anderen Ländern katholische und evangelische Christen, Katholiken und Protestanten.

Wollen wir die römisch-katholische Kirche durch entscheidende Merkmale charakterisieren, so dürfen wir drei hervorheben:

1. Die katholische Kirche ist — wie ja auch das Glaubensbekenntnis im liturgischen Text der heiligen Messe aussagt — zugleich die apostolische Kirche. Ihre Priester berufen sich auf die apostolische Sukzession, d. h. auf die Priester- und Bischofsweihe, die von den Aposteln her in ununterbrochener Folge weitergegeben worden ist.
2. Die katholische Kirche — im Gegensatz zur reformatorischen, die sich zur Lehre vom allgemeinen Priestertum bekennt — räumt daher dem Klerus eine besondere Stellung unter den Gläubigen ein. Diese Anschauung findet ihren letzten Ausdruck in der Lehre vom Primat des Bischofs von Rom, des Papstes, der als Nachfolger des

Apostels Petrus die höchste Autorität in der römisch-katholischen Kirche darstellt; ihm steht die letzte Entscheidung in Fragen der Glaubens- und Sittenlehre zu.

3. Die katholische Kirche bildet trotz dieser Polarität von Klerus und Laien eine in sich geschlossene Einheit; diese seelische und geistige Verbundenheit aller Gläubigen wird ausgesprochen in dem Begriff „corpus Christi mysticum“: Die Kirche, die Gemeinschaft der Gläubigen ist der mytische Leib des in ihr fortlebenden Christus.

Die katholische Kirche ist im Laufe ihres langen Bestehens oft scharf kritisiert worden. Wie sie sich in den Augen ihrer treuen Söhne und Töchter darstellt, hat Gertrud von Le Fort zum Ausdruck gebracht, die in ihren „Hymnen an die Kirche“ die Kirche sprechen läßt:

*„Ich habe noch Blumen der Wildnis im Arme, ich habe noch
Tau in meinen Haaren aus Tälern der Menschenfrühe,*

*Siehe in mir knien Völker, die lange dahin sind, und aus
meiner Seele leuchten nach dem Ewigen viele Heiden,*

*Ich war heimlich in den Tempeln ihrer Götter, ich war dunkel
in den Sprüchen aller ihrer Weisen,*

*Ich war die Sehnsucht aller Zeiten, ich war das Licht aller
Zeiten, ich bin die Fülle der Zeiten.*

Ich bin ihr großes Zusammen, ich bin ihr ewiges Einig.

*Ich bin die Straße aller ihrer Straßen: auf mir ziehen die
Jahrtausende zu Gott!“*

II.

Die Deutsche Demokratische Republik ist im Herbst 1949 gegründet worden, nachdem durch die Bildung des westdeutschen Separatstaates ein nationaler Notstand erwachsen war. Der Deutsche Volksrat konstituierte sich am 7. Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer und nahm ein „Gesetz über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“ an. Durch dieses Gesetz wurde der Entwurf, den der Deutsche Volksrat als Muster einer gesamtdeutschen Verfassung am 30. Mai 1949 verabschiedet hatte, für den Bereich der bis dahin bestehenden Sowjetischen Besatzungszone in Kraft gesetzt. Als Oberster Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland übergab General Tschujkow der Provisorischen Regierung die Verwaltungsfunktionen. Wilhelm Pieck, der am 11. Oktober 1949 zum Präsidenten der DDR gewählt wurde, führte bei dieser Gelegenheit aus:

„In diesem Kampfe (der Nationalen Front) wird die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die Bildung einer souveränen deutschen Regierung in der deutschen Hauptstadt Berlin eine entscheidende Rolle spielen. Diese Regierung, die die Interessen des gesamten deutschen Volkes

wahrnimmt und die Legitimation besitzt, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, wird durch ihre Arbeit sich nicht nur das Vertrauen des Volkes erwerben, sondern auch zur Verstärkung der Nationalen Front aller Deutschen beitragen und so den Kampf um den Frieden, um die nationale Einheit Deutschlands und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West auf einer höheren Ebene fortsetzen und zum Siege führen.“

Die Deutsche Demokratische Republik ist von den Regierungen der Sowjetunion und der anderen Länder des Friedenslagers anerkannt worden. Ebenso unterhält die Föderative Volksrepublik Jugoslawien diplomatische Beziehungen mit der DDR. Mit zahlreichen anderen Ländern ist die DDR durch offizielle Handelsvertretungen verbunden, so mit Indien, Ceylon und der Vereinigten Arabischen Republik. Durch die Teilnahme einer Berater-Delegation an der Genfer Außenminister-Konferenz 1959 ist die DDR de facto auch von den westlichen Großmächten anerkannt worden.

Wollen wir die Deutsche Demokratische Republik durch entscheidende Merkmale charakterisieren, so dürfen wir drei hervorheben:

1. Die Deutsche Demokratische Republik ist eine echte Demokratie; sie knüpft an die fortschrittlichen Traditionen des deutschen Volkes an, insbesondere an die Revolutionen von 1848 und 1918 sowie an das Erbe der Widerstandskämpfer gegen Hitler. In der DDR hat jeder Staatsbürger das Recht und die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit den Organen der Volksvertretung mitzuwirken an der Gestaltung des Staates, gemäß dem Leitwort: „Plane mit — arbeite mit — regiere mit!“
2. Die Deutsche Demokratische Republik baut den Sozialismus auf. Diese Aufbauarbeit wird getragen von den Werktätigen, den Arbeitern und Bauern im Bündnis mit der Intelligenz. In der Nationalen Front aller demokratischen Parteien und Organisationen fällt daher die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse zu.
3. Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste Staat in der Geschichte, der seine Außenpolitik nicht auf Rüstung und Militärbündnisse, sondern auf die Freundschaft der Völker und ihre gemeinsame Arbeit für Frieden und Wohlstand aufbaut.

Die Deutsche Demokratische Republik ist in dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens oft scharf kritisiert worden. Wie sie sich in den Augen ihrer Bürger darstellt, die diesen Staat als ihren Staat, als den Weg zur künftigen unteilbaren, friedlichen und demokratischen Republik Deutschland betrachten, hat Johannes R. Becher in einem Gedicht „Herrliches Land“ zum Ausdruck gebracht:

*„Herrliches Land, / Das sich erhebt / Aus dem Schutt des
Vergangenen / Und ins Künftige aufsteigt — / Aus eigener
Kraft!*

*Willens, / Keine Mühe scheuend, / Eine neue Ordnung zu
schaffen / Zu aller Wohlergehen / Und Frieden / Zu stiften! ...*

*Herrliches Land, / Mit dir übereinzustimmen / In deinen Be-
schlüssen, / Eins mit dir / In deinen Maßnahmen!*

*Herrliches Land: / Du unser leidenschaftliches Ja! / Unser
tiefstes Du! / Unser Wissen wofür! / Unser unsterbliches Wir!“*

III.

Welche Stellung nimmt der Katholik in diesem Staate ein?

Wie steht der Katholik zu diesem Staat?

Betrachten wir das Problem zunächst von der Seite des Staates. In Artikel 3 der Verfassung wird festgestellt:

„Jeder Bürger hat das Recht und die Pflicht zur Mitgestaltung in seiner Gemeinde, seinem Kreise, seinem Lande und in der Deutschen Demokratischen Republik.“

Artikel 6 sagt ergänzend:

„Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.“

Und Artikel 42 fügt ausdrücklich die Erläuterung hinzu:

„Private oder staatsbürgerliche Rechte und Pflichten werden durch die Religionsausübung weder bedingt noch beschränkt. Die Ausübung privater oder staatsbürgerlicher Rechte oder die Zulassung zum öffentlichen Dienst sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.“

Für den Staat macht es also keinen Unterschied, ob ein Staatsbürger der römisch-katholischen Kirche oder einer Religionsgemeinschaft der reformatorischen Kirche — zu der sich ja in der DDR die Mehrheit der Bevölkerung bekennt — oder einer nichtchristlichen Religionsgemeinschaft, z. B. der jüdischen, angehört. Artikel 43 der Verfassung bemerkt ergänzend:

„Den Religionsgemeinschaften werden Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen.“

Wie verhält sich der Staat nun zu den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften? Artikel 41 der Verfassung proklamiert den Grundsatz:

„Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutze der Republik.“

Neben dem Prinzip der Gewissensfreiheit, das den Schutz der Religionsausübung einschließt, steht das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche. Artikel 43 der Verfassung spricht das aus mit dem Satz:

„Es besteht keine Staatskirche.“

Und weiter wird gesagt:

„Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze. Die Religionsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie es bisher waren.“

Den Religionsgemeinschaften spricht Artikel 41 das Recht zu, „zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen“. Das gleiche Recht haben im Sinne des Artikel 43 die Weltanschauungsgemeinschaften. Es ist also das Recht der religiösen wie der antireligiösen Propaganda durch die Verfassung sichergestellt. Ausgeschlossen wird (durch Art. 41) nur der Mißbrauch dieser Propaganda zu verfassungswidrigen oder parteipolitischen Zwecken.

Die Prinzipien der Glaubens- und Gewissensfreiheit sind keineswegs erst in unserem Jahrhundert proklamiert worden. Sie fanden ihre erste praktische Anwendung bei der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika. Die 13 englischen Kolonien, die 1776 die Unabhängigkeitserklärung unterzeichneten, zeigten entsprechend ihrer Geschichte hinsichtlich der religiösen Orientierung der Bevölkerung sehr große Unterschiede: Die Neu-England-Staaten z. B. waren als Zufluchtsstätte für die Presbyterianer, Rhode-Island für die Katholiken, Pennsylvania für die Quäker gegründet worden. Die Trennung von Kirche und Staat ergab sich also in dem neuen Bundesstaat als einzig möglicher Weg. In Frankreich wurde sie am Ende des 19. Jahrhunderts durch die sogenannten Laisierungsgesetze durchgeführt. Diese französischen Gesetze waren das Vorbild für das Dekret der Sowjetmacht vom 23. Januar 1918 über die Trennung der Kirche von Staat und Schule.

Der Katholik, der katholische Staatsbürger hat also in der DDR grundsätzlich auf allen Gebieten die gleichen Möglichkeiten wie jeder andere Staatsbürger. Daß die Katholiken in der DDR nur eine Minderheit bilden, spielt keine Rolle. Es ist dem katholischen Staatsbürger nicht nur möglich, sondern es wird von ihm erwartet, daß er wie jeder andere Recht und Pflicht zur Mitgestaltung wahrnimmt. Die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wirkenden Parteien und Massenorganisationen fassen die Bürger unseres Staates ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses zu gemeinsamen politischem und gesellschaftlichem Handeln zusammen. Das Gesetz über die örtlichen Organe der Volksmacht weist die Wege zur Teilnahme aller Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Als Gemeinde-, Kreis- oder Bezirksverordneter, als Mitglied der Ständigen Kommissionen und ihrer Aktivs, als Mitarbeiter der Sozialausschüsse oder der LPG-Beiräte, als Mitglied einer Hausgemeinschaftsleitung, als Schöffe und in vielen anderen Funktionen kann der Katholik wie jeder andere Staatsbürger in der DDR an der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben mitwirken.

Die Haltung, die unser Staat in dieser Frage einnimmt, entspricht seinem demokratischen Charakter, seiner sozialistischen Zielsetzung und seinem Bekenntnis zum Frieden.

Die Frage: Welche Stellung nimmt der Katholik in der DDR ein? können wir also zusammenfassend beantworten mit dem Satz der Verfassung:

„Die Ausübung... staatsbürgerlicher Rechte oder die Zulassung zum öffentlichen Dienst sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.“

IV.

Betrachten wir nun das Problem von der anderen Seite her: Wie steht der Katholik, der seinem Glauben getreu leben will, zur Deutschen Demokratischen Republik?

Für das Verhalten des Katholiken wie das jedes anderen Christen im gesellschaftlichen und politischen Leben sind maßgebend in erster Linie jene Hinweise, die nach dem Zeugnis der Evangelien Jesus Christus selbst seinen Jüngern gegeben hat. In der Bergpredigt findet sich die „goldene Regel“ für das gesellschaftliche Verhalten des Christen:

„Alles also, was ihr von den Leuten erwartet, das sollt ihr ihnen ebenso tun“ (Matth. 7, 12).

In der gleichen Predigt ermahnt der Heiland seine Jünger, den Mitmenschen bereitwilligst entgegenzukommen und sich nicht zu weigern, mit ihnen eine Strecke Wegs zu gehen:

„Wer dich nötigt, eine Meile mitzugehen, mit dem mache einen Weg von zwei“ (Matth. 5, 41).

Mit unvergeßlicher Eindringlichkeit mahnt Christus seine Jünger, nie zu vergessen, daß ihr Handeln vorbildlich sein soll für die Mitmenschen und daß sie mit ihrem gesellschaftlichen Handeln Zeugnis ablegen für ihren Glauben:

„Nur ihr seid das Licht der Welt... Man zündet ein Licht nicht an, um es unter ein Hohlmaß zu stellen, sondern auf den Leuchter, damit es allen leuchte im Hause. So leuchte euer Licht vor den Menschen, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen“ (Matth. 5, 14–16).

Auf die Frage des Pharisäers, welches Gebot das größte sei im Gesetz, antwortet Jesus mit zwei Zitaten aus den Büchern des Moses:

„Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben aus deinem ganzen Herzen und aus deiner ganzen Seele und aus deinem ganzen Gemüte (5. Mos. 6, 5). Das ist das größte und erste Gebot. Das andere aber ist diesem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst (3. Mos. 19, 8). Auf diesen zwei Geboten ruht das ganze Gesetz“ (Matth. 22, 37–40).

Die gleiche Antwort, nur in umgekehrter Reihenfolge der Gedanken und in schlagender Formulierung, gibt Jesus den Pharisäern, die ihm die Fangfrage stellen, ob es erlaubt sei, dem römischen Caesar Steuer, Tribut zu zahlen. Die römische

Besatzungsmacht war ja in Judäa verhaßt; sprach sich Jesus für die Steuer aus, dann machte er sich unpopulär, redete er gegen die Steuer, konnte man ihn bei der Besatzungsmacht denunzieren. Jesus durchschaut die Heuchler und verlangt nicht ohne Ironie: „Zeigt mir die Steuermünze, damit ich sehe“. Sie bringen ihm einen römischen Denar, denn die Römer verlangten, daß man in ihrer Währung zahle. — Wir besitzen in unseren Münzsammlungen Denare aus jener Zeit, sie tragen die Inschrift: „Tiberius Caesar, divi Augusti filius Augustus: Tiberius Caesar, Sohn des göttlichen Augustus und selbst Augustus.“ — Jesus fragt: „Wessen ist das Bild und die Inschrift?“ Die anderen können es nicht leugnen, sie gestehen es unwillig zu: „Des Caesars“. Und wie ein Hammer-schlag trifft sie die Antwort Christi:

„Gebt also zurück dem Caesar, was des Caesars ist, und Gott, was Gottes ist“ (Matth. 22, 21).

In diesem „Gebt zurück!“ ist die Feststellung beschlossen, daß jeder Mensch dem Staate, in dem er lebt, verpflichtet ist, daß jede Gemeinschaft aufgebaut ist auf Nehmen und Geben und daß gerade der Christ in der Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Staate keine Last, sondern in erster Linie die Abgeltung der Vorteile sehen soll, die er dem Staate, der Gesellschaft verdankt.

Die Apostel, auf die sich die „katholische und apostolische“ Kirche mit Nachdruck beruft, haben im gleichen Sinne gelehrt. Ich darf verweisen auf die oft zitierte Stelle im Römerbriefe des Paulus:

„Gebet also jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, wem Steuer, Zoll, wem Zoll, Ehrfurcht, wem Ehrfurcht, Ehre, wem Ehre gebührt“ (Röm. 13, 7).

Daß die Christen der ersten Jahrhunderte in jeder Weise bemüht waren, als loyale Staatsbürger, als nützliche Glieder der Gesellschaft zu wirken, geht auch aus solchen Geschichtsquellen hervor, die nicht christlichen Ursprungs sind. Cajus Plinius Caecilius Secundus, gewöhnlich „der jüngere Plinius“ genannt, war im Jahre 111 kaiserlicher Legat für die asiatische Provinz Bithynien. In dieser Eigenschaft hatte er auch Christen zu vernehmen, die man als Mitglieder einer verbotenen Vereinigung — denn als solche galten im Römerreich die christlichen Gemeinden — festgenommen hatte. Plinius berichtet dem Kaiser Trojan über die Aussagen dieser Christen:

„Sie sagten, ihre Hauptschuld oder ihr Irrtum habe darin bestanden, daß sie an einem festgesetzten Tage vor Tagesanbruch zusammengekommen seien und Christus als einem Gott zu Ehren miteinander ein Lied gesungen hätten. Und sie hätten sich durch einen Eidspruch verpflichtet, nicht etwa zu einem Verbrechen, sondern dazu, keinen Diebstahl, keinen Raub, keinen Ehebruch sich zuschulden kommen zu lassen, das gegebene Wort nicht zu brechen, kein hinterlegtes Gut auf Verlangen abzuleugnen.“

Die Gläubigen der altchristlichen Kirche machten also Ernst mit der Einhaltung der gesellschaftlichen Pflichten, die an sich von den Gesetzen vorgeschrieben waren, aber nach dem Grundsatz „Wo kein Kläger ist, ist kein Richter“ damals von der Mehrzahl der Bürger mißachtet wurden.

Diese Zeugnisse sind nicht nur deshalb von Bedeutung, weil von ihnen die Stellungnahme aller christlichen Religionsgemeinschaften zu dem Fragenkomplex Staat und Kirche ausgeht. Für unsere Zeit sind sie doppelt interessant, weil ja der römische Staat heidnisch war, dem Christentum ohne Verständnis, ja ablehnend gegenüberstand. Die Gläubigen der altchristlichen Kirche haben sich dadurch in keiner Weise hindern lassen, „dem Caesar zu geben, was des Caesar ist“, selbst die Verfolgungen haben sie in ihrer Loyalität gegenüber dem heidnischen Staat nicht irremachen können.

Das geschichtliche Vorbild der altchristlichen Kirche, der Kirche der Apostel und Martyrer sollte uns vor Augen stehen, wenn wir den Einwand hören, der Katholik könne einem „atheistischen Staate“ nicht dienen. — Wir hören weiter den Einwand, die politische Autorität der Regierung der DDR entbehre der Legitimität, der Rechtmäßigkeit, weil sie nicht nach den in westeuropäischen Ländern hergebrachten Formen gebildet worden sei.

Das Thema der Legitimität ist während des 19. Jahrhunderts unter den katholischen Christen lebhaft erörtert worden. Damals, nach den Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 waren viele Katholiken der Auffassung, die einzige legitime Staatsform sei die Monarchie, die bürgerliche Republik sei aus dem Bruch der Legitimität entstanden und daher abzulehnen. Als der Wiener Kongreß 1815 in Frankreich die Monarchie der Bourbonen wiederherstellte, sahen darin viele eine Wiederherstellung der Legitimität. Selbst Goethe, obwohl Verehrer Napoleons, gab diesem Gedanken 1816 in dem Festspiel „Des Epimenides Erwachen“ Ausdruck, indem er von dem Sohn der Revolution sagte:

*„Denn was dem Abgrund kühn entstieg,
Mag durch ein ehernes Geschick
Den halben Weltkreis übersiegen —
Zum Abgrund muß es doch zurück.“*

Als nun in Frankreich 1871 die Monarchie abermals durch die Republik abgelöst worden war, glaubten viele kirchentreue Franzosen, dieser Republik ihre Mitarbeit versagen zu müssen. Sie lehnten es ab, politischen Parteien anzugehören, sich an Wahlen zu beteiligen oder staatliche Stellen zu übernehmen, sie zogen sich völlig vom öffentlichen Leben zurück. Papst Leo XIII. sah in diesem Verhalten eine schwere Gefahr für die katholische Kirche in Frankreich und wandte sich am 16. Februar 1892 mit dem Rundschreiben „Au milieu“

an die Bischöfe und Katholiken Frankreichs. — Der Papst geht in diesem Rundschreiben aus von der Tatsache, daß jeder Staatsform der Charakter des Zufälligen anhaftet:

„Wenn jede Staatsform an sich gut ist und zur Regierung der Völker Verwendung finden kann, so trifft man doch tatsächlich nicht bei allen Völkern die Staatsform in einer und derselben Form verkörpert an. Jedes Volk hat vielmehr seine eigene Staatsform. Diese verdankt ihren Ursprung jeweils dem Zusammenwirken all der geschichtlichen oder nationalen, immer aber rein menschlichen Umstände... Welche Regierungsform auch immer in einer bestimmten Nation bestehen mag, so kann man sie doch niemals als so endgültig betrachten, daß sie immer unveränderlich bleiben müßte, selbst wenn das die Absicht derer gewesen sein sollte, welche sie ursprünglich festgelegt haben.“

Der Papst beschäftigt sich dann mit dem Problem der Revolution. Er erkennt die Notwendigkeit an, auch unter einer durch Revolution begründeten Regierung mitzuarbeiten:

„Denn... diese neuen Regierungen sind unbedingt erforderlich für die öffentliche Ordnung, da jede öffentliche Ordnung ohne eine Regierung einfach unmöglich ist... Mit anderen Worten: die staatliche Gewalt als solche ist unter jeder Voraussetzung und in jedem Fall von Gott, denn es gibt keine Gewalt als von Gott“ (Röm. 13, 1). „Sobald darum diese neuen Regierungen, welche diese unwandelbare Gewalt verkörpern, konstituiert sind, ist ihre Annahme nicht nur erlaubt, sondern geboten, nämlich durch die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Wohls, das sie geschaffen hat und erhält.“

Der Papst fordert daher die Katholiken auf, nicht politische Abstinenz zu üben, sondern mitzuarbeiten:

„Fort mit den politischen Meinungsverschiedenheiten, die sie spalten und trennen! Alle sollen eins sein in dem Bemühen, die sittliche Größe ihres Vaterlandes zu erhalten oder zu erneuern.“

Da gibt es aber noch einen Einwand. Der Papst fährt fort:

„Aber da erhebt sich eine Schwierigkeit: Diese Republik ist, so wendet man ein, von so antichristlichem Geist erfüllt, daß kein ordentlicher Mensch, geschweige denn ein Katholik, sie mit gutem Gewissen anerkennen kann... Man hätte diese bedauerlichen Gegensätze vermieden, wenn man es verstanden hätte, der bedeutsamen Unterscheidung sorgsam Rechnung zu tragen, welche gemacht werden muß zwischen der verfassungsmäßig bestehenden Gewalt und der Gesetzgebung.“

Auf die Gesetzgebung aber könne man nur dann Einfluß nehmen, wenn man politisch mitarbeite.

Diese Hinweise auf die Lehre Christi, auf das Beispiel der altchristlichen Kirche und den Präzedenzfall der Mitarbeit der französischen Katholiken in der dritten Republik mögen genügen zur Beantwortung der Frage: „Wie steht der Katholik zur DDR?“

Wir antworten mit dem großen Papst Leo XIII.:

„Alle sollen eins sein in dem Bemühen, die sittliche Größe des Vaterlandes zu erhalten und zu erneuern.“

V.

Man könnte nun fragen: Wenn von beiden Seiten grundsätzlich alle Voraussetzungen für ein gutes Verhältnis von Staat und Kirche gegeben sind — wie kommt es dann, daß tatsächlich Unstimmigkeiten bestehen? Darauf wäre zu erwidern:

1. Es entspricht der Schwäche der menschlichen Natur, daß auf vielen Gebieten des menschlichen Lebens, die der Vernunft nach in bester Ordnung sein könnten, Mißverständnis und Verwirrung herrschen.
2. Es ist eine Besonderheit der deutschen Geschichte, daß hier zwischen Staat und Kirche immer wieder Meinungsverschiedenheiten auftreten. Schuld daran trägt in erster Linie die enge Verflechtung zwischen Staat und Kirche, die in deutschen Ländern jahrhundertlang geherrscht hat und von der sich viele Menschen auch heute noch nicht innerlich gelöst haben.
3. Die derzeitigen Bedingungen der Spaltung Deutschlands, des antikommunistischen Feldzuges der Amerikaner und des kalten Krieges haben die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in unserer Republik seit 1946 immer wieder gestört.

Diese drei Momente sind übrigens auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der evangelischen Kirche und unserer Republik festzustellen. Trotzdem ist hier ein Weg gefunden worden, um die störenden Faktoren in den Beziehungen zwischen den amtlichen Organen der Republik und den Leitungen der evangelischen Kirche zu beseitigen. Dieser Weg wird aufgezeigt durch die gemeinsame Erklärung von Vertretern der Regierung der DDR und der evangelischen Kirche in der DDR, die am 21. Juli 1958 veröffentlicht worden ist. In dieser Erklärung heißt es:

„Die Vertreter der evangelischen Kirche in der DDR erklären, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der DDR und ihrer Regierung übereinstimmt.“

Das ist der eine Punkt, der bis dahin von seiten des Staates an der Haltung der Kirche zu kritisieren war: daß die Kirche nicht gewillt schien, ihre Autorität für die Erhaltung des Friedens und daher auch für die Friedensbestrebungen der DDR einzusetzen. Im Hinblick auf die zahlreichen Kundgebungen für den Frieden, die in den Botschaften und Ansprachen der Päpste enthalten sind, erscheint es als durchaus möglich, daß die leitenden Stellen der katholischen Kirche in

der DDR sich diesem Punkte der erwähnten Erklärung anschließen könnten. — Weiter lesen wir in der Erklärung vom 21. Juli 1958:

„Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.“

Dies also ist ein zweiter Punkt von großer Wichtigkeit: Der Staat hat ein vitales Interesse daran, daß auch die Christen sich mit ganzer Kraft für den Aufbau des Sozialismus einsetzen. Es erscheint als ein Gebot der Vernunft, daß die Kirche ihre Gläubigen in keiner Weise hindert, mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen an der Lösung dieser großen Aufgabe mitzuwirken.

Hinsichtlich der von der evangelischen Kirche vorgebrachten Beschwerden heißt es:

„Die Regierung erklärte: Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.“

Von seiten der Regierung wurde also festgestellt, daß die verfassungsrechtliche Grundlage der Zusammenarbeit von Staat und Kirche sich in keiner Weise geändert hat. Damit ist ein verlässliches Fundament für die Klärung aller noch bestehenden Zweifelsfragen auf dem Wege von Verhandlungen gegeben.

Solche Zweifelsfragen beziehen sich z. B. auf die antireligiöse Propaganda und die Kirchenaustrittsbewegung. Hinsichtlich der Propaganda steht fest, daß die Verfassung sowohl die Freiheit für die religiöse als auch für die antireligiöse Propaganda gewährt. Für beide Formen der Propaganda gilt die Bestimmung des Artikels 43, daß der Mißbrauch für verfassungswidrige und parteipolitische Zwecke untersagt ist. Was den Kirchenaustritt betrifft, so schreibt Artikel 47 der Verfassung eine klare Form vor: Erklärung bei Gericht oder Einzelerklärung in öffentlich beglaubigter Form. Aus Artikel 42 der Verfassung geht sinngemäß hervor, daß kein irgendwie gearteter Druck ausgeübt werden darf, um Kirchenaustritt oder -eintritt zu erreichen.

Andere Zweifelsfragen gibt es hinsichtlich der Schule. Das im Artikel 42 der Verfassung festgelegte Prinzip der Trennung zwischen Kirche und Staat gilt auch für den Bereich der Erziehung und Bildung. Der Unterricht erfolgt auf rein wissenschaftlicher Grundlage. Das ist nichts grundsätzlich Neues; der Unterricht an den Oberschulen, Gymnasien und Realgymnasien hatte schon früher diesen Charakter. Den Kirchen steht die Möglichkeit frei, an die Kinder, deren Erziehungsberechtigte das wünschen, Religionsunterricht zu erteilen. — Zweifellos besteht hier ein Unterschied zwischen den Auffassungen des Staates und denen der katholischen

Kirche, die für das Prinzip der Bekenntnisschule eintritt. In konfessionell gemischten Ländern wie Deutschland ist dieses Prinzip aber praktisch nicht realisierbar, das zeigen sowohl die Erfahrungen der Weimarer Ära wie auch die heutige Lage in der Bundesrepublik.

Endlich gibt es Beschwerden hinsichtlich der Jugendweihe. Die Jugendweihe hat eine mehr als vier Jahrzehnte umfassende, interessante und wechselvolle Geschichte. Man muß aber, wenn man ein zutreffendes Urteil gewinnen will, nicht von historischen Reminiszenzen ausgehen, sondern von dem gegenwärtigen Stand der Dinge. Heute ist die Lage so, daß angesichts der Existenz zweier deutscher Staaten, von denen der eine der Aufrüstung und dem sozialen Rückschritt, der andere dem Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt dient, die jungen Menschen sich in feierlicher Weise zur Treue gegenüber unserem Staat verpflichten sollen. Dieses „Gelöbnis“ erfolgt in der Weise, daß an die Jugendlichen drei Fragen gerichtet werden, die sie mit Ja beantworten:

„Seid Ihr bereit, als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates für ein glückliches Leben des ganzen deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen, so antwortet mir:

Ja, das geloben wir!

Seid Ihr bereit, mit uns gemeinsam Eure ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen, so antwortet mir:

Ja, das geloben wir!

Seid Ihr bereit, für die Freundschaft der Völker einzutreten und mit dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden zu sichern und zu verteidigen, so antwortet mir:

Ja, das geloben wir!

Wir haben Euer Gelöbnis vernommen, Ihr habt Euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Ihr habt Euch eingereicht in die Millionenschar der Menschen, die für Frieden und Sozialismus arbeiten und kämpfen.“

Die Jugendlichen bejahen also unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat, bejahen Sozialismus und Frieden. Ich frage Sie: Wer von uns würde es ablehnen, diese drei Fragen mit Ja zu beantworten? Sozialismus ist nicht gleichzusetzen mit Atheismus. Dieses Gelöbnis ist kein religiöses Bekenntnis, sondern eine Aussage politischen Verantwortungsbewußtseins.

Wir haben den Eindruck, daß Bedenken dieser Art, die auch bei leitenden Stellen der katholischen Kirche in diesen und anderen Fragen entstanden sind, sich in klärenden Gesprächen bereinigen ließen. Keiner der angesprochenen Tatbestände scheint uns so zu liegen, daß er die Substanz des Glaubens berührt.

Ich habe einleitend darzulegen versucht, daß die katholische Kirche ebenso wie die Deutsche Demokratische Republik sich auf eine große Tradition und eine hohe Zielsetzung berufen können. Darin liegt eine Verpflichtung. Auch die Verpflichtung, Streitfälle, wie sie sich bei der Zusammenarbeit von Menschen ergeben können, mit der gebotenen Großzügigkeit und einem Höchstmaß von gutem Willen zu klären.

Ich glaube sagen zu dürfen: Die Katholiken in der Deutschen Demokratischen Republik haben den Wunsch, als treue Söhne und Töchter ihrer Kirche und zugleich als loyale Bürger ihrer Republik zu leben, die am politischen und gesellschaftlichen Leben aktiven Anteil nehmen. Im Kampfe für den Frieden und im Ringen um eine bessere Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse wollen sie sich an Eifer von niemandem übertreffen lassen. Sie wären den leitenden Stellen der Kirche wie der Regierung dankbar, wenn in klärenden Gesprächen eine Beseitigung der heute noch störenden Faktoren erreicht werden könnte.

Wie segensreich vernünftige Verhandlungen zur rechten Zeit wirken können, dafür haben Sie in der Geschichte Ihrer engeren Heimat ein gutes Beispiel: 1635 kamen die Markgrafschaften Ober- und Niederlausitz von der Krone Böhmen an den Kurfürsten von Sachsen. Nach dem damals geltenden Recht — „cujus regio ejus religio“, der Landesherr bestimmt die Religion der Untertanen — hätte dieser Wechsel der Landeshoheit das Ende der katholischen Religion auch in der Lausitz bedeutet. Es waren aber rechtzeitig Verhandlungen eingeleitet worden, die mit dem Prager Traditionsrezeß vom 24. April 1635 abgeschlossen wurden. In diesem Rezeß sicherte der evangelische Kurfürst von Sachsen den Fortbestand der katholischen Religion in der Lausitz zu. Daß viele unserer hiesigen Freunde das kostbare Gut der katholischen Religion von ihren Eltern und Voreltern in ununterbrochener Folge überkommen haben, verdanken sie der Tatsache, daß damals rechtzeitig und verantwortungsbewußt verhandelt worden ist.

VI.

Es ist für mich eine besondere Freude, daß ich diese Darlegungen in einer Veranstaltung des Friedensrates machen darf. Die Arbeit für den Frieden sollte gerade uns deutschen Katholiken Herzenssache sein. Das deutsche Volk hat schwere Schuld auf sich geladen, indem es zuließ, daß deutsche Staatsmänner zweimal in diesem Jahrhundert einen furchtbaren und folgenschweren Krieg entfesselten. Das deutsche Volk hat sich auf das schwerste gegen sich selbst versündigt, indem es zweimal seine Jugend, eine begeisterte und gläubige Jugend, in die Massengräber geschickt hat. Das deutsche Volk ist mitschuldig geworden an den Verbrechen, die in den zwölf

Jahren der Nazi-Herrschaft begangen worden sind und über Millionen unschuldiger Menschen unsagbares Leid, Elend und Tod gebracht haben.

Leider gibt es heute schon wieder sehr viele Deutsche, die über die Tatsachen hinweggehen mit der Behauptung: „Die anderen haben auch Unrecht getan — wir sind längst quitt“. In diesem Geiste erfolgt in Westdeutschland die neue deutsche Aufrüstung. Wir haben zweimal erfahren, was eine solche Aufrüstung ankündigt, und wir müssen um unseres Volkes und der Menschheit willen alles in unseren Kräften Stehendes tun, um die dritte Katastrophe zu verhindern, deren drohende Vorzeichen wir am Horizont heraufsteigen sehen.

Wir Christen sollten all das Schwere, das mit dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches über das deutsche Volk gekommen ist, unter dem Gesichtspunkt der Buße sehen. Und wir wollen nicht vergessen, daß jedes Ende zugleich ein Anfang ist. Die Katastrophe von 1945 kann zu einem Anfang, einem großartigen, unsagbar hoffnungsreichen Anfang werden, wenn das deutsche Volk sich mit seiner gewaltigen Kraft, die es so oft für unwürdige Zwecke aufgewandt hat, abwendet von dem blinden Glauben an die Macht und hinwendet zur echten Menschlichkeit: von der Verachtung anderer Völker zur Völkerfreundschaft, von dem Willen, andere zu beherrschen, zu der Bereitschaft, dem Wohle anderer und damit dem eigenen Wohle zu dienen.

Wir sind in eine Zeit hineingeboren, die jedem schwere Aufgaben stellt. Mancher mag so etwas wie Neid empfinden gegenüber früheren Generationen, etwa gegenüber den Menschen, die in den ruhigen Jahrzehnten zwischen dem Kriege 1870/71 und dem ersten Weltkrieg gelebt haben. Manchen mag mitunter das Gefühl beschleichen, daß soviel Arbeit umsonst aufgewendet wurde, daß soviel guter Wille vergeblich geblieben ist. In solchen Stunden des Kleinmuts wollen wir Christen uns an das Wort des Petrus erinnern:

„Meister, die ganze Nacht haben wir gearbeitet und nichts gefangen, aber auf Dein Wort hin will ich das Netz auswerfen“ (Luk. 5, 5).

„Auf Dein Wort hin!“ — Theoderich Kampmann, Professor der Pädagogik an der Paderborner Akademie, hat 1947 einen Vortrag gehalten über „Die apostolische Verantwortung des Christen heute“. Daraus möchte ich Ihnen einige vortreffliche Sätze zitieren:

„Wenn von christlicher Verantwortung die Rede ist, so kann das nur bedeuten, der Christ habe vor Gott dafür einzustehen, daß jenes gnadenhaft ihm geschenkte Wort, das fleischgewordene Wort des Allerhöchsten selber, das für den Christen Weg und Wahrheit und Leben ist, daß also dieses Wort zurückgelangt vor den Thron der allmächtigen Liebe,

daß dieses Wortes weltumgestaltende, daß seine menschenverwandeln-
de Kraft lebendig bezeugt werde, bezeugt werde
im Leben und Sterben von jedem einzelnen Christen.“

Mit einer solchen Einstellung sollte in der Tat jeder Christ sein Leben führen: im Bewußtsein der Verantwortung vor dem Ewigen. Die Apostelgeschichte berichtet als letzte Worte Jesu vor seiner Himmelfahrt den Satz: „Ihr werdet mir Zeugen sein in Jerusalem, in ganz Judäa und Samaria und bis an die Grenzen der Erde“ (Apg. 1, 8). Unserer Generation ist aufgetragen, dieses Zeugnis abzulegen im 20. Jahrhundert. Wir müssen uns bewähren an den Aufgaben, die unsere Zeit uns stellt. Die wichtigsten dieser Aufgaben heißen: Frieden und Sozialismus.

Wir haben den Zusammenbruch einer alten Ordnung erlebt und sind aufgerufen, eine neue Ordnung mit aufzubauen. „Wer dich nötigt, eine Meile mitzugehen, mit dem mache einen Weg von zweien“ (Matth. 5, 41), sagt Christus. Wollen wir Christen zögern, auf dem Wege entschlossen und tatkräftig mitzugehen, der sich als ein Weg der Hoffnung und der Zuversicht vor unserem Volke aufgetan hat?

Es hängt von den Christen selbst ab, welchen Anteil sie an der Sicherung des Friedens und dem Aufbau des Sozialismus nehmen. Von diesem Anteil aber, von der Leistung der Christen selbst wird es abhängen, welche Stellung das Christentum in der neuen Gesellschaftsordnung einnimmt.

Menschenpflicht und Christenpflicht

Vortrag auf einer vom Bezirksausschuß der Nationalen Front
einberufenen Tagung am 28. September 1959 in Worbis

I.

Der „Friedensruf aus Bautzen“, der am 28. April auf einer vom Nationalrat der Nationalen Front einberufenen Tagung beschlossen worden ist, hat bei den katholischen Mitbürgern in allen Teilen unserer Republik ein starkes Echo gefunden. In einer Reihe von Städten wurden Kundgebungen durchgeführt, in denen die Teilnehmer dem Friedensruf zugestimmt und sich mit Entschiedenheit für die Friedenspolitik unserer Regierung ausgesprochen haben.

Die heutige Tagung fügt sich in diese Reihe von Kundgebungen in besonders glücklicher Weise ein. Denn die letzten Wochen haben eine Reihe von Ereignissen gebracht, die unsere Zuversicht auf Erhaltung des Friedens trotz aller Machenschaften der am Kriege Interessierten gefestigt haben. Das wichtigste dieser Ereignisse ist zweifellos die Tatsache, daß der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Chruschtschow, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York einen umfassenden Vorschlag für eine vollständige Abrüstung aller Staaten der Erde vorgelegt hat.

Von Philosophen und Menschenfreunden sind Vorschläge solcher Art wohl schon früher gemacht worden, aber zum ersten Male hat jetzt der führende Staatsmann einer Weltmacht im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung einen so großen, umfassenden Plan vorgetragen. Mit großem Ernst hat Chruschtschow die Notwendigkeit dargelegt, die alle Staatsmänner heute zwingen müßte, einen Vorschlag dieser Art mit größter Sorgfalt zu erwägen:

„Man kann sich schwer vorstellen, welche Folgen ein Krieg für die Menschheit hätte, in dem diese ungeheuerlichen Mittel der Zerstörung und Vernichtung angewandt werden. Wenn zugelassen wird, daß dieser Krieg entflammt, so müßten die Opfer nicht nach Millionen, sondern nach vielen Dutzenden, ja sogar Hunderten Millionen Menschenleben gezählt werden. Es wäre ein Krieg, der keinen Unterschied zwischen Front und Hinterland, zwischen Soldaten und Kindern kennt. Er würde viele Großstädte und Industriezentren in Ruinen verwandeln und die größten Kulturdenkmäler, die in Jahrhunderten vom menschlichen Genius geschaffen wurden, unwiederbringlich vernichten. Dieser Krieg würde auch die zukünftigen Generationen nicht verschonen. Seine giftige Spur in Form der radioaktiven Verseuchung würde noch lange die Menschen in Mitleidenschaft ziehen und viele Opfer fordern.“

Diese Überlegungen sollten nicht nur die Staatsmänner, sie sollten alle Staatsbürger in allen Ländern der Erde anstellen, denn sie alle sind in gleicher Weise von der Gefahr

eines Vernichtungskrieges bedroht. Insbesondere müßten die Völker des dichtbesiedelten Kontinents Europas dafür Verständnis haben, denn der Ausbruch eines modernen Krieges würde binnen weniger Tage Verkehr und Versorgung in unserem Erdteil zum Erliegen bringen und so auch in den Gebieten, die keine Einwirkung von Vernichtungswaffen erfahren, den Tod von Millionen Menschen verursachen. Chruschtschows Appell an die kollektive Vernunft der Menschheit sollte daher von jedem einzelnen verstanden und bejaht werden. Chruschtschow sagte vor der UNO-Vollversammlung:

„Ich bin überzeugt, alle Delegierten werden darin übereinstimmen, daß es notwendig ist, die kollektive Vernunft aller Staaten wie auch der Organisation der Vereinten Nationen darauf zu lenken, daß eine neue Methode zur Lösung des Abrüstungsproblems ausfindig gemacht wird. Die Aufgabe besteht darin, den Weg zu finden, auf dem das Abgleiten der Menschheit in den Abgrund des Krieges verhindert werden kann. Jetzt ist eines wichtig: schon die Möglichkeit der Entfesselung von Kriegen auszuschließen. Solange es noch große Armeen, Luftwaffen und Kriegswaffen, Kern- und Raketenwaffen gibt, solange noch junge Menschen beim Eintritt ins Leben in erster Linie kämpfen lernen und die Generalstäbe Pläne künftiger militärischer Operationen ausarbeiten, gibt es keine Garantie für einen wahrhaften Frieden. Die Sowjetregierung hat nach allseitiger Untersuchung der entstandenen Lage die feste Überzeugung gewonnen, daß der Ausweg aus der Sackgasse auf dem Wege über die allgemeine und vollständige Abrüstung gesucht werden muß.“

Mit Recht hat man gesagt, daß der totale Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion einen uralten Traum der Menschheit der Verwirklichung nahebringt. Wir als Christen und Katholiken dürfen hinzufügen, daß die totale Abrüstung den Weg eröffnen würde zu dem dauernden und gerechten Frieden auf Erden, von dem so viele Stellen der Heiligen Schrift künden. Die Durchführung dieser Vorschläge würde die Vision Wirklichkeit werden lassen, die wir schon im Alten Testament bei den Propheten Jesaja und Micha finden:

„Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere mehr ein Schwert aufheben und sie werden hinfort nicht mehr Krieg führen lernen“ (Jesaja 2, 4).

II.

Das zweite Ereignis, das wir als hoffnungsvoll und ermutigend bezeichnen dürfen, ist die Begegnung zwischen dem Präsidenten der USA und dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR. Die führenden Staatsmänner der beiden Weltmächte sprechen miteinander, um die Möglichkeiten einer Verringerung der internationalen Spannungen zu prüfen. Welch ein großer Fortschritt, ein Ereignis, das noch vor wenigen Monaten auch erfahrene Kenner der internationalen

Politik für ganz unmöglich gehalten haben! Verschwunden sind heute jene Schlagworte, die von den Feinden des Friedens in allen Erdteilen so gern nachgesprochen wurden: die Schlagworte „containment“, d. h. am weiteren Voranschreiten verhindern wollte man die „Sowjets“, und das Schlagwort „roll back“, d. h. zurückdrängen wollte man den sowjetischen Einfluß überall in der Welt.

Vor einem runden Jahrzehnt, in den Jahren 1947 und 1948, wurde jener verhängnisvolle Weg beschritten, den man nicht mit Unrecht als den „Kalten Krieg“ bezeichnet hat: Auflösung der Anti-Hitler-Koalition, Auflösung der Zusammenarbeit zwischen bürgerlichen und kommunistischen Parteien in allen Staaten Westeuropas, Aufrüstung des Westens, Entwicklung einer Kette von Militärstützpunkten rund um die Staaten des Friedenslagers, Abschluß aggressiver Militärpakte wie der NATO, SEATO und des Bagdad-Paktes. Heute jedoch haben die Staatsmänner der USA eingesehen, daß diese Mittel genau das Gegenteil dessen bewirkt haben, was beabsichtigt war: die Sowjetunion ist ökonomisch, technisch und wissenschaftlich erstarkt, sie ist auch mit militärischen Mitteln nicht zu schlagen.

Die Aufnahme, die Ministerpräsident Chruschtschow bei der Bevölkerung der USA und die vorher der Vizepräsident der USA, Nixon, bei der Bevölkerung der UdSSR gefunden hat, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß diese großen Völker beide den Krieg verabscheuen, daß sie den Weg des Friedens gehen wollen. Wenn aber das Schwergewicht dieser beiden Weltmächte auf der Waage der Weltgeschichte in die Schale des Friedens gelegt würde, dann würden die kleinen Unruhestifter, die Tschiangkaischek und Li Syng Man, die Diem und Adenauer nichts mehr zu melden haben.

Papst Johannes XXIII. hat am 23. 9. bei einem Empfang von Einwohnern Roms und ausländischen Touristen das Treffen zwischen dem Präsidenten der USA und dem Ministerpräsidenten der UdSSR ausdrücklich begrüßt. Der Papst erklärte: „In diesen Tagen treffen sich repräsentative Persönlichkeiten, und wir müssen diese Initiative mit Interesse beachten, weil sie etwas wirklich Nützlichem für die Menschheit zum Ergebnis haben könnte.“

Wir Christen und Katholiken sollten die Reise Chruschtschows durch die USA und die bevorstehende Reise Eisenhowers durch die UdSSR mit Segenswünschen und Gebeten begleiten. Dieser Austausch der Staatsbesuche bedeutet gewiß nur einen Anfang, aber den Anfang auf einem guten Wege, und die zuversichtliche Hoffnung, daß der schlechte Weg, der Weg des „Kalten Krieges“, endlich für immer verlassen wird.

III.

Das dritte Ereignis, das auch uns mit Freude und Zuversicht erfüllt, ist das zehnjährige Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik. Erinnern Sie sich doch bitte, mit welchen „Segenswünschen“ die Gründung unserer Republik vor zehn Jahren von der Presse der westlichen Länder begrüßt wurde! Man suchte diesen Schritt, der zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden war angesichts der Bildung des Bonner Separatstaates, als eine verzweifelte und aussichtslose Aktion hinzustellen. Experten der Volkswirtschaft ergingen sich in lichtvollen Ausführungen darüber, daß dieser neue Staat überhaupt nicht lebensfähig sein werde.

Diese pessimistischen Voraussagen schienen damals insoweit nicht völlig unbegründet zu sein, als ja zu dem Gebiete der DDR einige Landschaften, z. B. die ehemaligen Länder Mecklenburg und Brandenburg gehören, die unter den Hohenzollern, während der Weimarer Ära und unter der Hitler-Diktatur ökonomisch nur unzureichend entwickelt worden sind. Es hat einer harten und zähen Aufbauarbeit bedurft, um diesen Zustand zu verändern, aber er ist verändert worden. Die Deutsche Demokratische Republik steht heute der industriellen Produktion nach an fünfter Stelle unter den Staaten Europas. Mit berechtigtem Stolz wird in den Thesen zum 10. Jahrestag, die das Politbüro des ZK der SED formuliert hat, festgestellt:

„Im Jahre 1958 war im Vergleich zu 1949, dem Gründungsjahr der Deutschen Demokratischen Republik, die industrielle Bruttoproduktion auf das Dreifache gewachsen, die Arbeitsproduktivität in der Industrie hatte sich mehr als verdoppelt... Seit Gründung der DDR waren über tausend Industriebetriebe neu gebaut bzw. wiederhergestellt worden. Der Umsatz im Außen- und Innerdeutschen Handel hatte sich 1958 im Vergleich zu 1950 mehr als vervierfacht. Gegenwärtig unterhält die DDR mit mehr als hundert Ländern in aller Welt regelmäßige Handelsbeziehungen.“

Die Leipziger Herbstmesse 1959 hat für die Lebendigkeit dieser Handelsbeziehungen erneut Zeugnis abgelegt. Nicht minder bedeutend als die Summe der ökonomischen Erfolge, die im ersten Jahrzehnt des Bestehens unserer Republik erreicht worden sind, sind die moralischen Erfolge unserer Republik. In dieser Hinsicht kann die Entschließung der CDU zum 10. Jahrestag der Republik feststellen:

„In den zehn Jahren ihres Bestehens hat die Deutsche Demokratische Republik der ganzen Welt bewiesen, daß sie die Erhaltung und Festigung des Friedens zum obersten Grundsatz ihrer Politik erhoben hat und entsprechend handelt... Die konsequente Friedenspolitik unserer Regierung hat uns das Vertrauen der friedliebenden Völker in wachsendem Maße eingebracht... Unsere Republik hat heute mehr und mächtigere Freunde, als das deutsche Volk jemals zuvor gehabt hat. Aber nur deshalb, weil wir die anderen Völker

durch Taten davon überzeugt haben, daß es uns ernst ist mit der Schaffung eines neuen friedliebenden Deutschland, daß wir den Hauptfeind des Friedens und des deutschen Volkes, den deutschen Militarismus, ausgerottet und daß wir die Sicherung des Friedens und die Völkerfreundschaft auf unsere Fahne geschrieben haben.“

Wenn wir als Christen und Katholiken die Friedenspolitik der Regierung unserer Republik unterstützen, so gehen wir aus von der Überzeugung, daß wir nur auf diesem Wege mitwirken können an der Lösung der großen Aufgabe, die heute allen Menschen guten Willens gestellt ist: den Frieden auf Erden zu festigen und schließlich für immer dauerhaft zu machen.

IV.

In Bautzen habe ich darzulegen versucht, daß wir als Christen und Katholiken entsprechend den Lehren der Heiligen Schrift und der Tradition unserer Kirche diesen Friedensauftrag außerordentlich ernst nehmen. Wir glauben damit auch der Ehre und dem Ansehen des katholischen Bekenntnisses bei den Menschen, die diesem Bekenntnis nicht angehören und ihm vielleicht ohne tieferes Verständnis gegenüberstehen, einen guten Dienst zu erweisen.

Wir sehen freilich, daß in Westdeutschland und einigen anderen Ländern des Westens Politiker, die sich ebenfalls Christen und Katholiken nennen, alle diese Ereignisse des Fortschritts zum Frieden mit betonter Geringschätzung behandeln. Während Chruschtschow seine Friedensreise in den USA durchführte, reiste einige Breitengrade nördlicher der Bonner Kriegsminister Strauß durch Kanada, um Bombenflugzeuge und Luftstützpunkte zu besichtigen. Und in der Presse Adenauers konnte man gleichzeitig lesen, der totale Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion sei nichts als ein Propagandatrick.

Dieses Wort vom Propagandatrick hören wir von dieser Seite nicht zum ersten Male. Als 1952 die Sowjetunion Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland entwickelte, nach denen die Wiedervereinigung unseres Volkes auf Grund freier, gleicher und geheimer Wahlen erfolgen sollte, und als die Volkskammer der DDR unter führender Beteiligung Otto Nuschkes ein Wahlgesetz auf der Basis des Verhältniswahlrechts beschloß, auch damals vernahm man in Bonn nichts anderes als: das sei eben alles nur Propaganda. — Sechs Jahre später mußte sich Herr Adenauer von den Bundestagsabgeordneten Thomas Dehler und Dr. Gustav Heinemann bescheinigen lassen, daß er 1952 eine echte Chance, Deutschland auf Grund — wie man im Westen sagt — „freier Wahlen“ zu vereinigen, mutwillig versäumt und zerstört hat.

Ein zweites Beispiel: Als 1954 die Sowjetregierung die Mächte des Westens und auch die Bonner Regierung vor dem Abschluß der Pariser Verträge warnte, als sie mit größtem Ernste betonte, die Unterzeichnung dieser Verträge und der Eintritt der Bundesrepublik in die NATO würden die Aussichten auf Wiedervereinigung für lange Zeit zerstören, da hieß es in Bonn wieder: „Ein Propagandatrick!“ Und man versicherte, wenn der Westen erst stark genug sei, dann werde die Sowjetunion schon mit sich reden lassen, und eines Tages werde die Bonner NATO-Armee mit klingendem Spiel in der DDR einmarschieren wie weiland Hitlers Wehrmacht in Österreich. — Heute ist dieser Traum ausgeträumt. Aber nun vernehmen wir die bewegliche Klage, die böse Sowjetunion blockiere die Wiedervereinigung, während in Wahrheit jene NATO-Politiker selbst durch den Abschluß der Pariser Verträge den Weg zur Wiedervereinigung verlegt haben.

Und jetzt also nennt man den totalen Abrüstungsvorschlag der Sowjetregierung einen Propagandatrick. Im Interesse des Friedens kann man nur wünschen, daß diesmal sogar die Bonner Staatsmänner etwas rascher einsehen, welche Bedeutung dieser Vorschlag für die Sache des Friedens in Europa und die Lösung der nationalen Frage unseres Volkes hat. Vor allem aber sollten das alle Deutschen im Westen wie im Osten unseres Vaterlandes einsehen und dementsprechend handeln.

Übrigens hat man ja auch unsere Bautzener Tagung — wenn Sie mir diese Anmerkung zu Ihrer Erheiterung erlauben — als „bloße Propaganda“ bezeichnet. Daß die gleichen Leute, die die großen Friedensaktionen der Sowjetunion als Propaganda bagatellisieren wollen, unsere bescheidenen Bemühungen um die Unterstützung der Friedenspolitik der DDR gleichfalls als Propaganda abtun, bringt uns in eine sehr ehrenvolle Gesellschaft. Unverständlich ist uns nur, daß auch ein katholisches Kirchenblatt die Bautzener Tagung mit der Bemerkung abzutun glaubte, das sei eben nichts als Propaganda. Die Redaktion dieses Kirchenblattes sollte sich bei der Kongregation „De propaganda fide“ in Rom darüber informieren, daß Propaganda doch eine recht gute und wichtige Sache sein kann.

V.

Die Leute im Westen, die uns kritisieren, nehmen uns übel, daß wir als katholische Christen uns mit Nicht-Christen, sogar mit Vertretern des dialektischen und historischen Materialismus, an einen Tisch setzen und mit ihnen gemeinsam für die Sache des Friedens eintreten. Wir tun das, weil wir einsehen, daß alle Kräfte gemeinsam eingesetzt werden müssen, wenn das große Ziel der Rettung des Weltfriedens wirklich erreicht werden soll.

Unsere Kritiker aber möchten wir an einige Ereignisse des Jahres 1958 erinnern. Damals richtete Papst Pius XII. an den japanischen Sonderbeauftragten Matsushita, also an einen Nicht-Christen, an den Vertreter eines Staates, in dem die Christen nur eine verschwindende Minderheit bilden, eine Note, in der die Verantwortlichen aller Nationen und Glaubensbekenntnisse aufgefordert werden, die Atomenergie in den Dienst der Menschheit zu stellen, anstatt ihre Bemühungen in einem „erschreckenden und kostspieligen Wettlauf zum Tode“ zu vergeuden. Der Papst schrieb in dieser Note:

„Die weisen Männer aller Nationen und aller Glaubensbekenntnisse müssen die große moralische Verpflichtung zur Verfolgung des edlen Zieles fühlen, diese Energien im Dienste der Menschheit zu beherrschen anstatt einer nutzlosen Vergeudung wissenschaftlicher Forschung, Arbeit und materieller Hilfsquellen. Eine solche Vergeudung bedeutet die Vorbereitung einer derartigen Katastrophe, deren letzte biologische und insbesondere erbliche Auswirkungen auf das gesamte Leben — ganz abgesehen von dem ungeheuren sofortigen Schaden — niemand mit Sicherheit voraussagen könnte.“

In den gleichen Tagen jenes Jahres hielt der große evangelische Theologe, Urwaldarzt, Philosoph und Künstler Albert Schweitzer über den norwegischen Rundfunk jene Reden, die in rund 50 Staaten durch Radio verbreitet wurden. Albert Schweitzer beschwor die Menschheit, alle Kräfte zu vereinen, um die furchtbare Gefahr des Atomtodes zu beiseitigen. Schweitzer sagte damals u. a.:

„In einem Atomkrieg gibt es keinen Sieger, sondern nur Besiegte. In ihm erleidet jeder von den Bomben und Atomgeschossen seines Gegners, was die seinen diesem antun. Es entsteht dabei eine in Gang bleibende Vernichtung, der kein Waffenstillstand und kein Friedensschluß ein Ende setzen kann... Die radioaktiven Staubwolken, die ein zwischen dem Osten und Westen geführter Atomkrieg zur Folge hätten, würden auf der ganzen Erde das Weiterexistieren von Menschen in Frage stellen.“

Diesen Gleichklang der Mahnungen des Oberhauptes der katholischen Kirche und des großen, in der ganzen Welt geachteten evangelischen Theologen haben damals die Christen aller Bekenntnisse als ein beglückendes Ereignis empfunden. Als ein gültiges Zeugnis der geschichtlichen Tatsache, daß die großen christlichen Bekenntnisse in dieser Schicksalsfrage der Menschheit zum ersten Male nach Jahrhunderten einen vollen Einklang gefunden haben.

Was tun wir anderes, als daß wir die Ratschläge und Mahnungen, die uns von so bedeutenden Autoritäten gegeben worden sind, befolgen? Wir haben im Jakobus-Brief gelesen: „Seid nicht nur Hörer, sondern Täter des Worts!“ Angesichts dieser großen Aufgabe der Erhaltung und unerschütterlichen Festigung des Friedens müssen die Unterschiede der Welt-

anschauung als zweitrangig betrachtet werden. Es handelt sich bei dem Kampf gegen die Gefahr einer neuen Kriegskatastrophe nicht nur um den Kampf gegen Unmenschlichkeit und sinnloses Leid, es handelt sich einfach um die Erhaltung des Menschengeschlechts, ja des Lebens überhaupt auf dieser Erde.

-VI.

Der Ministerpräsident der Sowjetunion, Nikita S. Chruschtschow, hat bei einer seiner Ansprachen in den USA, vor den Filmschaffenden in Hollywood, in einer für viele verblüffenden Art dargetan, daß er sich dieser Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Weltanschauungen durchaus bewußt ist. Bei den Amerikanern haben diese Ausführungen Chruschtschows sensationell gewirkt, und da ich nicht weiß, ob Sie alle in der Fülle der Berichte diese interessante Einzelheit bemerkt haben, darf ich sie zitieren. Chruschtschow wandete sich an den Präsidenten der Filmgesellschaft „20th Century Fox“, der ihn begüßte hatte, den Griechen Spiras Skouras, mit den Worten:

„Mein teurer griechischer Bruder! Ja, meine Herren, die Russen haben die Griechen einst Brüder genannt, weil die Russen am Krieg gegen die Türken zur Befreiung Griechenlands teilgenommen haben. Sie müssen auch wissen, in alten Zeiten haben die Russen von den Griechen die kirchlichen, christlichen Riten übernommen. Auf diese Art sind wir in gewissem Sinne mit ihnen Brüder in Christo. Sie könnten sagen, daß ich Atheist bin. Aber ich spreche doch nicht nur für mich, sondern auch im Namen unseres ganzen Volkes, und bei uns gibt es sowohl Atheisten als auch Gläubige.“ (ND 24. 9. 59).

Ich bin der Meinung, daß diese Worte Chruschtschows nicht einer zufälligen Laune, sondern einer grundsätzlichen Erwägung entsprungen sind. Nach der Annäherung, die 1943 in der Sowjetunion zwischen der Regierung und den vorher in starrer Ablehnung verharrenden christlichen Kirchen erfolgt ist, wird jetzt ein weiterer Fortschritt deutlich: Der Ministerpräsident der UdSSR, selbst Atheist, spricht für die Christen seines Landes mit der gleichen Sympathie wie für die Atheisten, und er würdigt die historische Bedeutung des Christentums für sein Volk. Das ist ein Beispiel, das man nur mit Sympathie und Hochachtung für einen Staatsmann, der den Mut zu einer so bedeutsamen Stellungnahme hat, betrachten kann.

Wir möchten diese Stellungnahme — selbst auf die Gefahr hin, daß uns im Westen wieder sehr schlechte Zensuren erteilt werden — in Parallele stellen zu den in ähnlicher Weise kühnen und sympathischen Worten, die Papst Johannes XXIII. in seiner ersten Enzyklika „Ad Petri Cathedram“ an die Christen gerichtet hat, die nicht dem katholischen Bekenntnis angehören. Auch diese Worte sind von der Weltpresse sehr

stark beachtet und als sensationell bezeichnet worden. Der Papst wendet sich an die Gläubigen der anderen christlichen Konfessionen mit den Worten:

„Laßt Euch von Uns in liebevoller Sehnsucht Brüder und Söhne nennen. Laßt Uns die Hoffnung auf Eure Rückkehr hegen, die Unserem väterlichen Herzen so teuer ist... Wir bitten Euch, doch recht zu begreifen, daß Unser liebevoller Aufruf zur Einheit der Kirche Euch nicht dazu einlädt, in ein fremdes Haus zu kommen, sondern in das gemeinsame Haus, in das Haus des Vaters.“ (Herder-Korr. VIII/59, S. 538).

Auch hier erkennen wir den Mut zu einer neuen Qualität in der Diktion, einer Qualität, die man noch vor kurzem für unmöglich gehalten hätte. Christen aller Bekenntnisse, die von der Sehnsucht erfüllt sind, daß auf die Jahrhunderte fortschreitender Spaltung der Christenheit nunmehr Jahrhunderte fortschreitender Annäherung und Verständigung folgen mögen, sind über diese Worte aufs tiefste beglückt.

Der Papst will mit diesen herzlichen, persönlichen Worten ganz gewiß nicht die Bedeutung der Unterschiede verdecken oder verwischen, die zwischen den christlichen Konfessionen von heute bestehen. Aber es kommt ihm darauf an, die gemeinsamen Aufgaben zu erkennen und zu betonen, ohne deshalb die bestehenden Unterschiede und Widersprüche verwischen und leugnen zu wollen. — Wir sind der Meinung, daß ein so erhabenes Beispiel auch für uns richtungweisend sein kann bei unserem Verhalten zu den Menschen, die nicht dem katholischen Bekenntnisse und überhaupt keinem religiösen Bekenntnis zuzurechnen sind. Wir wissen um die grundsätzlichen Unterschiede der Weltanschauungen. Wir denken nicht daran, sie zu leugnen oder zu verwischen. Aber wir sind der Überzeugung, daß in einer Zeit wie der unseren, in der die Menschheit durch zwei Katastrophen furchtbarer Art hindurchgegangen ist, und davor bewahrt werden muß, in einer dritten, noch fürchterlicheren Katastrophe unterzugehen, daß in einer solchen Zeit bei der Lösung der entscheidenden Aufgabe unseres Jahrhunderts die Unterschiede der Weltanschauungen zurücktreten müssen und alle gemeinsam ihre Kräfte einzusetzen haben, um die Zukunft der Menschheit zu retten.

VII.

Wir führen unsere heutige Tagung unter den Vorzeichen bedeutender und ermutigender Ereignisse durch. Wir sehen in dem totalen Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion, in den Begegnungen zwischen den führenden Staatsmännern der großen Weltmächte, in dem zehnjährigen Bestehen und den bedeutenden Erfolgen unserer Deutschen Demokratischen Republik wichtige Chancen, die der Menschheit und insbesondere unserem deutschen Volke zum Segen gereichen können.

Wir sind uns zugleich bewußt, daß diese großen Chancen nur dann voll genutzt werden, wenn wirklich alle Menschen guten Willens, wenn alle friedliebenden Kräfte ohne Unterschied der Weltanschauung und der Partei sich für die große Sache des Friedens einsetzen. Mit Bewunderung erinnern wir uns heute der Vorkämpfer, die in früheren Jahrhunderten mit Wort und Tat für die Sache des Friedens eingetreten sind. Als Immanuel Kant 1795 seine großartige Schrift „Zum ewigen Frieden“ veröffentlichte, als Berta von Suttner 1889 an die waffenstarrenden Staaten des damals weltherrschenden Europas den glühenden Appell richtete: „Die Waffen nieder!“ — am Ende des 18. wie an der Schwelle des 20. Jahrhunderts waren die realen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Friedensidee nicht gegeben. Dennoch haben diese großen Vorkämpfer nicht geschwiegen, sie haben über den engen Bereich ihrer begrenzten Lebenszeit hinaus einen Appell an die Menschen kommender Generationen gerichtet. Sie waren der Überzeugung, daß einmal die Zeit kommen würde, in der der Weltfriede nicht nur ein Traum und eine Forderung, sondern eine reale, greifbare Möglichkeit sein würde.

Diese Zeit ist heute gekommen; wir haben das Glück, sie erleben zu dürfen. Die Stärke des Friedenslagers, die Kraft der Friedensbewegung, die Energie der Arbeiterklasse und die Friedenssehnsucht der ganzen Menschheit wirken heute zusammen, sie bewirken, daß der Krieg vermeidbar geworden ist und der Friede gesichert werden kann. Dieses Ziel aber wird nur dann erreicht, wenn die Kräfte des Friedens wachsam bleiben und jederzeit bereit sind, gegen jede Bedrohung zusammenzustehen. Wie müßten wir uns vor jenen großen Vorkämpfern des Friedens schämen, wie müßten wir uns schämen vor den Toten zweier Weltkriege, wie müßten wir uns schämen vor unseren Kindern und Kindeskindern, wenn wir diese große Chance ungenutzt ließen, wenn wir zu träge, zu skrupelhaft oder zu ängstlich wären, an der Erfüllung der großen Aufgabe unseres Jahrhunderts mitzuarbeiten!

Die totale Lösung des Abrüstungsproblems würde zugleich einen Weg öffnen, um zahlreiche andere Sorgen und Nöte, mit denen fast alle Völker auf dieser Erde ringen, zu vermindern oder völlig zu beseitigen. Die Zeitung „Neues Deutschland“ schrieb mit Recht:

„Hundert Millionen Menschen sind heute direkt oder indirekt mit dem Kriegshandwerk und mit der Produktion von Waffen beschäftigt. Hundert Milliarden Dollar gibt die Menschheit im Jahr für das Wettrüsten aus. Welch ein Leben wird auf der Erde sein, wenn alle diese ungeheuren Kräfte und Mittel verwandt werden, um den Hunger aus der Welt zu bannen, dem heute noch Jahr für Jahr Millionen Menschen zum Opfer fallen, um Häuser zu bauen, um all die Güter zu erzeugen, die das Leben angenehm und lebenswert machen!“

Den Kritikern im Westen wird man selbstverständlich auch mit diesen Perspektiven nicht imponieren können. Sie wer-

den sagen: „Die Kommunisten leben in dem Wahn, das Paradies auf Erden errichten zu können.“ — Nun, die Kommunisten sind Atheisten und glauben nicht an das Paradies. Im übrigen sind die Ziele, die hier beschrieben werden, sehr viel bescheidener und durchaus real. Daß es sich um sehr reale Dinge handelt, können die Kritiker im Westen ersehen aus dem Hirtenbrief, mit dem die katholischen Bischöfe Westdeutschlands die Gläubigen aufgerufen haben zur Mithilfe beim Kampfe gegen den Hunger in der Welt. Soeben hat auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland einen Aufruf im gleichen Sinne veröffentlicht. Der „Aufruf an die evangelische Christenheit in Deutschland“ gipfelt in den Worten:

„Von den 2,85 Milliarden Erdbewohnern sind 56 % unzureichend ernährt. 20 % — das sind rund 575 Millionen Menschen — leben am Rande des Verhungerns. Mehrere Millionen sterben jährlich an den Folgen des Nahrungsmangels. Nur 24 % der Weltbevölkerung — es sind im wesentlichen die Weißen — haben genug zu essen.“

Welch eine furchtbare Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem stellen diese schrecklichen Zahlen dar! Nach den Schätzungen der UNESCO starben Jahr für Jahr 34 bis 35 Millionen Menschen jährlich an Hunger und Unterernährung. 34 bis 35 Millionen, das sind ebensoviele Tote wie der zweite Weltkrieg gefordert hat. Man muß sich diese Zahlen vor Augen halten, um zu begreifen, wie furchtbar die Folgen jahrhundertelanger kapitalistischer Ausbeutung sind. Indien galt den Menschen des Altertums als das reichste Land der Erde. Indonesien, das Land der Gewürze, wurde von den Menschen des Mittelalters bewundert und benediet, das Streben nach diesem reichen Lande war der Motor für die Entdeckungsfahrten des 15. und 16. Jahrhunderts. Heute aber, nach jahrhundertelanger kapitalistischer Ausbeutung sind diese ehemals reichsten Länder der Erde Gebiete furchtbaren Elends, in denen nicht nur Jahr für Jahr, sondern Tag für Tag Tausende von Menschen verhungern.

Es ist höchst lobenswert, daß die Kirchen der beiden großen Konfessionen zur Hilfeleistung für die Hungernden, also für die von der kapitalistischen Ausbeutung am schwersten betroffenen Menschen aufrufen. Es bedarf aber keiner langen Beweisführung, daß diese Hilfe, die von den Kirchen organisiert wird, nur sehr wenig bedeuten kann angesichts der gewaltigen Ausmaße der Not. Wieviel mehr würde es bedeuten, wenn die Milliarden-Werte, die heute in die Aufrüstung gesteckt werden und also nur dem Tod und der Vernichtung dienen, freigestellt werden könnten für den Kampf gegen den Hunger!

Die Volksrepublik China hat der Welt ein großes Beispiel gegeben. China gehörte früher, als es noch der kolonialen Ausbeutung unterlag, ebenso wie Indien und Indonesien zu

den Ländern, in denen Jahr für Jahr Hunderttausende von Menschen verhungerten. Der Sieg des Sozialismus war für das chinesische Volk zugleich der Sieg über den Hunger. Ein Jahrzehnt hat genügt, um China aus einem Land des Hungers zu einem Land zu machen, das Reis exportieren und damit anderen asiatischen Völkern zu helfen vermag. Man kann das chinesische Volk, das in diesen Tagen ebenfalls das zehnjährige Bestehen seiner Volksrepublik festlich begeht, zu den in diesem Jahrzehnt erreichten Erfolgen aufrichtig beglückwünschen.

Wir sind der Meinung, daß es sich bei dem Kampf gegen den Hunger nicht darum handelt, das Paradies auf Erden zu errichten, sondern einfach darum, Zustände zu beseitigen, die menschenunwürdig und in einem letzten Sinne unmenschlich sind. Auf guten Taten ruht Gottes Segen: der totale Sieg über den Krieg würde der Menschheit die Möglichkeit geben, auch den Sieg über den Hunger zu erringen und damit das Tor zu einem neuen Zeitalter gewaltigen kulturellen Aufstiegs zu öffnen.

Der Kampf gegen den Krieg ist zugleich der Kampf gegen die Not so vieler Mitmenschen, die unter den Fehlern und Unzulänglichkeiten der Vergangenheit heute noch leiden. Diese Erkenntnis verdoppelt unsere Entschlossenheit, mit aller Entschiedenheit für die Sache des Friedens einzutreten. In diesem Kampf unsere Kräfte gemeinsam mit allen anderen Menschen guten Willens einzusetzen, das ist Menschenpflicht und Christenpflicht.

Anhang

Friedensruf aus Bautzen

In einer ernsten Schicksalsstunde unseres deutschen Volkes fanden wir Bürger katholischen Glaubens aus allen Teilen der Deutschen Demokratischen Republik uns heute auf Einladung des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der ehrwürdigen Bischofsstadt Bautzen zusammen, um miteinander zu beraten, welche Verpflichtungen uns unsere Verantwortung auferlegt, um den Frieden zu erhalten und die Gefahr eines Atomkrieges von unserem Vaterland abzuwenden.

Nur im Frieden ist die Erhaltung einer sittlichen Ordnung möglich, die dem einzelnen und der Gesellschaft Leben und Glück sichert.

Mit Grauen erinnern wir uns des Leides, das die letzten Kriege über die Menschheit gebracht haben; mit Entsetzen stellen wir uns die Auswirkungen eines Atomkrieges auf deutschem Boden vor.

Mit heißem Herzen werden wir unser ganzes Sein einsetzen, um dem deutschen Volk und der Welt den Frieden zu erhalten. Wir sehen darin einen Akt echter Menschlichkeit und sittlicher Verantwortung.

Deshalb unterstützen wir Katholiken gemeinsam mit allen friedliebenden Deutschen die konsequente Friedenspolitik unserer Regierung.

Deshalb fordern wir einen Friedensvertrag für Deutschland. Deshalb stellen wir uns hinter die Erklärung unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Genfer Außenministerkonferenz.

Unserem Gewissen folgend, rufen wir unseren katholischen Brüdern und Schwestern in ganz Deutschland zu:

Laßt es nicht zu, daß die Verderber von gestern das deutsche Volk noch einmal ins Verderben treiben!

Laßt uns gemeinsam den Weg zu Frieden und Verständigung bahnen!

Laßt uns unseren Willen, den Willen des ganzen deutschen Volkes zu Frieden und Verständigung so leidenschaftlich und klar bekunden, daß er in Genf nicht überhört werden kann! Bautzen, am 28. April 1959.

Ruf vom Eichsfeld

Wir Bürger katholischen Glaubens im Eichsfeld haben uns auf Einladung des Bezirksausschusses der Nationalen Front zu Beratungen über unseren Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur aktiven Mitgestaltung beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Worbis versammelt.

Einmütig stellen wir fest:

Aus sittlicher Bindung sind wir verpflichtet, uns mit unserem Sein und Handeln für die Bewahrung des Friedens einzusetzen. Wir wissen, daß wir uns diesem Auftrag nicht ohne schwere Schuld entziehen dürfen.

Deshalb wenden wir uns leidenschaftlich gegen alle militaristischen und faschistischen Kräfte, gegen die kalten und heißen Krieger, gegen die Atompolitiker, die die Erde in eine Hölle verwandeln wollen.

Aufrichtigen Herzens unterstützen wir den durch den Ministerpräsidenten der UdSSR, N. S. Chruschtschow, vor der UNO unterbreiteten Vorschlag einer totalen Abrüstung in der Welt und sehen in diesem Programm einen Akt echter Menschlichkeit und sittlicher Verantwortung.

Als katholische Christen des Eichsfeldes erklären wir, daß wir gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen unseres Volkes die Friedenspolitik unserer Regierung und alle auf den Weltfrieden gerichteten Bestrebungen unterstützen.

Wir fordern den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auf der Grundlage der Vorschläge der Regierung unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Wir sind der Überzeugung:

Der Sozialismus ist der Friede. Diese Wahrheit ist für unsere Entscheidung bestimmend. Wir sind entschlossen, an der Vollendung der neuen gesellschaftlichen Ordnung mit unseren vollen Kräften mitzuarbeiten aus der Überzeugung heraus, daß das Ja zur christlichen Glaubenshaltung in echter Erfüllung christlicher Grundforderungen ein Ja zum Sozialismus einschließen muß.

Von dieser Tagung rufen wir unsere katholischen Schwestern und Brüder:

Setzt mit uns Eure Kraft dafür ein, daß endlich Friede und Humanität in unserer Welt triumphieren!

Versperrt jenen, die das deutsche Volk erneut in das Verderben führen wollen, den Weg!

Laßt uns gemeinsam dem Frieden und der Völkerverständigung dienen!

Dazu sind wir gerufen aus Verantwortung vor unserem Volk und unserem Herrgott!

Worbis, den 28. September 1959

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- * 1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- * 4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- * 5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbsozialistischen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- 14 Günter Wirth / Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Parteilitung vergriffen.

- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leiboldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- 21 10 Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 10 Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 25 Prof. Dr. Rudolf Říčan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- 30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- 31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in beiden deutschen Staaten

Verkaufspreis 0,50 DM